

**Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere  
Wirtschaftspolitik in Europa**

**- EuroMemo Gruppe -**

***Europäische Integration am Scheideweg:***

**Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit**

**– EuroMemorandum 2012 –**

**Zusammenfassung**

**Einleitung**

**1 Die Krise in der Europäischen Union spitzt sich zu**

- 1.1 Der Eurozone steht eine „gefährliche neue Phase“ bevor
- 1.2 Selbst auferlegte Sparsamkeit als politisches Leitbild
- 1.3 EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik voller Widersprüche
- 1.4 Radikalisierender Neomerkantilismus bei Handel und Entwicklung
- 1.5 Verschärfung einer komplexen Krise – die Beispiele Energie und Landwirtschaft

**2 Eine falsche Politik liefert die falschen Ergebnisse – Kritik an der EU-Politik**

- 2.1 Makroökonomische Politik: auf dem Weg zum Überwachungsstaat
- 2.2 Die Finanzlobby vereitelt die Reform des Finanzsektors
- 2.3 Die Sparpolitik ist das falsche Mittel gegen die Gebrechen der EU
- 2.4 Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik ohne politische Vision  
*Kasten 1: EU-Zuwanderungspolitik und Wirtschaftskrise*
- 2.5 Handels- und Entwicklungspolitik: Peitsche statt Zuckerbrot
- 2.6 Unangemessen und unzureichend: das Beispiel der Gemeinsamen Agrarpolitik

**3 Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa**

- 3.1 Finanz- und fiskalpolitische Alternativen
- 3.2 Alternativen zum Sparkurs sind dringend erforderlich
- 3.3 Förderung einer eigenständigen Entwicklung in den Partnerländern
- 3.4 Verantwortung in der Handels- und Entwicklungspolitik  
*Kasten 2: Steuerfragen: die EU als Modell für die am wenigsten entwickelten Länder?*
- 3.5 Nachhaltige Entwicklung und die Gemeinsame Agrarpolitik

**Unterstützungserklärung**

Das EuroMemorandum wurde auf der Grundlage der Diskussionen und Arbeitspapiere des 17. Treffens der Arbeitsgruppe „Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa“ (EuroMemo Gruppe) vom 16.-18. September 2011 in Wien erstellt. Der vorliegende Text beruht auf Beiträgen von Joachim Becker, Hermann Bömer, Tanja Cesen, Rolf Czeskleba-Dupont, Judith Dellheim, Trevor Evans, Marica Frangakis, John Grahl, Peter Herrmann, Roland Kulke, Jeremy Leaman, Mahmood Messkoub, Dominique Plihon, Werner Raza, Diana Wehlau und Frieder Otto Wolf.

Für weitere Informationen über die EuroMemo Gruppe kontaktieren Sie bitte die Lenkungsgruppe (siehe Kontaktinformationen am Ende dieses EuroMemorandums) und besuchen Sie unsere Website:

**[www.euromemo.eu](http://www.euromemo.eu)**

## **Zusammenfassung**

Die Krise innerhalb der Eurozone stellt eine Bedrohung für die weitere europäische Integration dar, aber anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die diese Krise ausgelöst haben, in Frage zu stellen, haben die europäischen Behörden Griechenland und anderen am Rande der Eurozone gelegenen Ländern Sparprogramme auferlegt und eine zentrale Strategie ausgearbeitet, um in allen Mitgliedsstaaten eine restriktive Haushaltsdisziplin durchzusetzen, was die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) zu untergraben droht.

Aufgrund dieser restriktiven, fiskalpolitischen Maßnahmen ist die Nachfrage in Europa zurückgegangen und Wirtschaftsprognosen sehen für 2012 eine Quasi-Stagnation voraus, die die Schwierigkeiten, denen sich die Defizitländer bei der Bedienung ihrer Schulden gegenüber sehen, weiter verschärfen wird. Auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone Ende Oktober 2011, wurde für Griechenland ein Schuldenerlass in Höhe von 50 % entschieden, aber die Panikverkäufe an den Börsen nahmen weiter zu und auch größere Länder, wie Italien, Spanien und Frankreich waren davon betroffen.

Sparprogramme in Osteuropa (Lettland, Rumänien und Ungarn) sowie in den Peripherieländern der Eurozone (Griechenland, Portugal und Irland) haben zu schwerwiegenden Rezessionen und erheblichen finanzpolitischen Kürzungen geführt, die Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte laut werden lassen.

Auch die südöstlichen Nachbarn der EU und die Türkei, die von Kapitalzuflüssen abhängig sind, hat die Krise schwer getroffen. Diese Länder waren, ebenso wie die nordafrikanischen Staaten, durch die EU zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften angehalten worden.

Das Wachstum in verschiedenen Ländern der EU, insbesondere in Deutschland, hat von dem starken Aufschwung des weltweiten Handels seit 2010 profitiert. Zusammen mit den in China und Japan erwirtschafteten Überschüssen, hat dieses jedoch zu einer bedenklichen Verstärkung der globalen Ungleichgewichte geführt. Niedrige Zinsen in Europa (und vor allem in den USA) haben in mehreren Ländern mit mittlerem Einkommensniveau zu destabilisierenden Kapitalzuflüssen geführt und deren Wechselkurse in die Höhe getrieben.

Die Katastrophe von Fukushima hat in Deutschland zu einem Wiederaufleben des Atomausstiegsprogramms geführt, ein europaweiter Atomausstieg ist jedoch ausgeblieben. Nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz, hat auch die EU versagt, eine adäquate Antwort auf den Klimawandel zu finden. Die landwirtschaftliche Produktion in Europa basiert auf einem gescheiterten Industrialisierungsmodell und wirkt sich nachteilig auf die Umwelt und die sozialen Umstände innerhalb der EU aus. Außerdem untergräbt sie die Fähigkeit der Entwicklungsländer, ihre Bevölkerung selber zu ernähren.

## **Kritik an der EU-Politik**

Die EU ist eine adäquate Antwort auf die Krise innerhalb der Eurozone schuldig geblieben. Die vorgeschlagenen Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beruhen auf der irrigen Annahme, dass die Marktkräfte zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung führen werden, wenn die öffentlichen Defizite in Grenzen gehalten werden. Vor der Krise hatte Deutschland große Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, wohingegen die hohen Defizite in Südeuropa durch Kapitalzuflüsse finanziert wurden. Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat zu einem drastischen Rückgang der privaten Ausgaben geführt und somit eine Erhöhung der Staatsausgaben erforderlich gemacht. Die neue EU-Regelung bezieht sich auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, im Mittelpunkt stehen jedoch die Überwachung wirtschaftlich schwächerer Staaten und die Drohung, diese in allen politischen Belangen vollständig zu entmündigen.

Die europäischen Banken sind von der Krise in der Eurozone direkt in ihrer Existenz bedroht und fahren erhebliche Verluste auf ihre Staatsanleihen ein. Sie haben jedoch massive Lobbykampagnen gegen Finanzreformen gestartet und die moderaten Vorschläge in Bezug auf Derivate und Kapitalanforderungen für Banken erfolgreich verwässert. Die Kommission hat die Einführung einer Finanztransak-

tionssteuer vorgeschlagen, die jedoch nicht für Devisengeschäfte gilt und von den Schlüsselstaaten abgelehnt wird.

Durch die Krise wurden die divergierenden Produktionsstrukturen innerhalb der EU offengelegt. Die Regionalpolitiken haben sich auf Sachinfrastruktur und Ausbildung konzentriert, der Industriepolitik wurde jedoch keine Beachtung geschenkt. An deren Förderung hat der neomerkantilistische Kern rund um Deutschland keinerlei Interesse. Die EU-Politik hat die Tendenz entwickelt die bestehende Arbeitsteilung innerhalb Europas zu festigen. Durch die den Peripheriestaaten auferlegten Sparkurse, wird diese Entwicklung in Zukunft weiter zunehmen.

Durch die Volksaufstände in Tunesien und Ägypten ist die Mittelmeerpolitik der EU in die Diskussion geraten. Der Ruf nach Demokratisierung war laut, aber das Wirtschaftsmodell, das zu Armut und Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung geführt hat, wurde bislang nicht hinterfragt. Stattdessen fördert die EU weiter den Freihandel. Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der Europäischen Union ist in einer Sackgasse gelandet: Die Verhandlungen mit der Türkei und den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens machen kaum Fortschritte, und in vielen Mitgliedsstaaten herrscht eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber einer weiteren Erweiterung.

Die Handelspolitik der EU beteuert, die Doha-Runde abschließen zu wollen, hat sich jedoch deutlich auf das Aushandeln von bilateralen Freihandelsabkommen verlagert. Die EU erhöht den Druck auf die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu unterzeichnen, die weitreichende Zugeständnisse verlangen, um diese Länder für europäische Waren und Investitionen zu öffnen.

Die EU hat zu Unrecht ein militärisches Sicherheitskonzept angewendet, um einen illusorischen Weg aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt für Energie und Rohstoffe zu weisen. Das neue Kommissionspapier zum Thema Agrarpolitik macht zwar einen bedeutenden Schritt in Richtung nachhaltige Politik, aber trotz der Anerkennung der sozialen Bedeutung von Arbeitskräften im Agrarsektor werden die Zahlungen nicht nur an aktive Landwirte geleistet.

### **Alternativen**

Die EZB muss unverzüglich als „Kreditgeber letzter Instanz“ (*lender of last resort*) auf dem Anleihemarkt im Euroraum einschreiten, um den Kreislauf von sinkenden Preisen und Panikverkäufen zu durchbrechen. Im Anschluss daran muss das Wachstum des Finanzsektors der vergangenen dreißig Jahre in Punkto Größe und Macht grundlegend rückgängig gemacht werden. Es sollte eine strikte Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken eingeführt werden. Genossenschaftliche, öffentliche und andere gemeinnützige Banken sollten gefördert werden, um die Finanzierung von sozial und ökologisch sinnvollen Projekten zu ermöglichen. Die Tätigkeiten von Investmentbanken, Hedgefonds und Private Equity Fonds sollten drastisch eingeschränkt werden. Derivatgeschäfte sollten größtenteils verboten und alle Wertpapiertransaktionen sollten über eine organisierte Börse abgewickelt werden. Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt und auf alle Finanztransaktionen erhoben werden, außerdem sollte eine öffentliche europäische Rating-Agentur geschaffen werden.

Die bestehende Staatsverschuldung kann in ihrer gegenwärtigen Höhe nicht aufrechterhalten werden, insbesondere nicht in Griechenland. Mit Hilfe von Schuldenprüfungen, wie sie erstmals in Ecuador erprobt wurden, sollte festgestellt werden, welche Schulden berechtigt sind und welche Institutionen eine Schuldenabschreibung hinnehmen müssen. In Ländern mit ausgesprochen hoher Staatsverschuldung sollte eine Schuldenreduzierung außerdem durch die Erhebung einer Vermögenssteuer für die sehr Reichen erreicht werden. Um Spekulationsattacken gegen schwächere Staaten vorzubeugen, sollten die Länder der Eurozone die verbleibenden Staatsanleihen gegen europäische Gemeinschaftsanleihen eintauschen, die von den Eurostaaten kollektiv garantiert werden.

Eine gemeinsame Geldpolitik sollte mit einer gemeinsamen Fiskalpolitik einhergehen. Diese sollte darauf abzielen, Vollbeschäftigung und gute Arbeit zu fördern. Sparprogramme erschweren die Begleichung von Schulden noch zusätzlich, und Regierungen mit Primärdefiziten sollten Gelder zur Verfügung gestellt werden, um Wachstum zu erleichtern. Erforderlich ist ein starkes Programm für öf-

öffentliche Investitionen, vor allem in den Peripherieländern der Eurozone. Für die Finanzierung sollte die Europäische Investitionsbank herangezogen werden, die bereits ermächtigt ist, Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Anstelle der einseitigen Betonung von Kürzungen der Staatsausgaben sollte die langfristige Absenkung der Besteuerung hoher Einkommen rückgängig gemacht werden. Da verfassungsrechtliche Verbote von Haushaltsdefiziten zu restriktiv und somit gefährlich sind, sollten sie nicht eingeführt werden.

Eine koordinierte, europäische Lohnpolitik sollte sicherstellen, dass der weit verbreitete Rückgang des Lohnanteils am BIP aufgehalten wird und dass Löhne in Ländern mit niedrigem Einkommen sich denen in Ländern mit hohem Einkommen annähern. Es sollte eine Verringerung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 30 Stunden eingeführt werden, wodurch zum einen die Arbeitslosigkeit bekämpft und außerdem ein Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft geleistet würde, in der das Leben nicht von der Lohnarbeit dominiert wird.

Anstelle der Austeritätsprogramme werden Strategien Programme benötigt, die die grundlegenden Strukturprobleme des heutigen Kapitalismus angehen. Die Privatisierungen waren kontraproduktiv und haben zu einer Zwei-Klassen-Medizin geführt und auch die Funktion der öffentlichen Dienste sollte wieder hergestellt werden. Niedriglohnstrategien, die angeblich mehr Wettbewerbsfähigkeit in Entwicklungsregionen bringen sollten, sind gescheitert. Entwicklung sollte stattdessen auf dem Einsatz moderner Technologie basieren und die europäischen Strukturfonds sollten dazu verwendet werden, fortschrittliche produktive Bereiche zu fördern. Um Handelsungleichgewichte abzubauen, sollten die Mitgliedsstaaten sich bemühen, die Zahl ihrer Importe zu verringern, unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Genossenschaften können bei der Integration wirtschaftlicher und sozialer Ziele eine wichtige Rolle spielen und lokale Produktions- und Konsumstrukturen fördern. Das Konzept der „Flexicurity“ hat zu prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt. Um dem entgegenzuwirken sollten sämtliche Gewerkschaftsrechte wieder hergestellt und ausgeweitet werden. Maßnahmen sollten ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht mit dem Wettbewerbsdruck aus anderen EU-Ländern argumentieren können, um niedrigere Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen.

Die EU sollte die Asymmetrien im Hinblick auf ihre Nachbarländer angehen, indem sie asymmetrische Vereinbarungen trifft, die die Nachbarländer begünstigen. Dies sollte sich in einem neuen Ansatz für die Assoziierungsabkommen widerspiegeln, welche diese Verhältnisse regeln. Der Freihandel sollte zugunsten sektoral differenzierter Vereinbarungen mit sehr langen Übergangszeiten aufgegeben werden. Die Nachbarländer sollten den politischen Spielraum behalten, der erforderlich ist, ihre Produktionsstrukturen zu stärken. Die EU-Hilfen sollten auf die Förderung der industriellen Entwicklung ausgerichtet werden.

Anstelle der merkantilistischen Exportstrategie, sollte die EU die Binnennachfrage ankurbeln, um höhere Importe von Gütern und Dienstleistungen zu realisieren. Das vorherrschende Modell bilateraler Freihandelsabkommen WTO-plus sollte aufgegeben werden, um den Ungleichheiten zwischen den Ländern Rechnung zu tragen. Handelsverzerrende Agrarsubventionen sollten auslaufen und Forderungen nach der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen durch Handelspartner sollten fallengelassen werden. Entwicklungspolitiken sollten neu ausgerichtet werden um den Aufbau einer vielfältigen lokalen Wirtschaft zu fördern. Der Aufbau staatlicher Kapazitäten in weniger entwickelten Ländern sollte unterstützt werden.

Die EU könnte einen bedeutenden Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung leisten, wenn sie die Initiativen der Mitgliedsstaaten für Rio II 2012 koordinieren würde. Dies könnte transnationale Programme für „grüne Arbeitsplätze“ mit einschließen, die ökologische und soziale Bedürfnisse mit Energieeinsparungen verbinden. Die Gemeinsame Agrarpolitik könnte ebenfalls umgestaltet werden, um einen Kompromiss zu erreichen zwischen den politischen Notwendigkeiten, Europäer mit hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln zu versorgen, aktive Landwirte zu unterstützen, die das ökologische Gleichgewicht in ihrer Region aufrechterhalten, und um angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte im Handel mit dem Rest der Welt zu fördern.

## Einleitung

Die Vertiefung und Ausweitung der Krise in der Eurozone bedrohen die Zukunft der europäischen Integration. Zu jedem Zeitpunkt der Krise haben die europäischen Behörden nur das absolut Notwendigste unternommen, um auf die jeweilige Situation zu reagieren. Bei dem Versuch, die grundlegenden Probleme in den Griff zu bekommen, haben sie jedoch gänzlich versagt. Die Behörden haben Austeritätsprogramme aufgelegt, anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die für die Krise verantwortlich sind, in Frage zu stellen. Dies hat unzählige Menschen überall in der EU in soziales Elend gestürzt. Deren Politik hat nicht nur darin versagt, die Ursachen der Krise zu bekämpfen. Die autoritäre und überaus undemokratische Herangehensweise, die hier an den Tag gelegt wird, untergräbt zudem die Legitimität des Gesamtprojektes europäische Integration.

Auslöser der Krise waren nicht die Haushaltsdefizite, sondern das US-Finanzsystem. Als Reaktion auf die jahrzehntelang stagnierenden Löhne ermöglichte das Finanzsystem den Haushalten der Arbeiter- und Mittelschicht, ihren steigenden Konsum durch Hypothekenkredite zu finanzieren, bei zunächst steigenden Immobilienpreisen. In Europa beförderte die von der Europäischen Kommission kurz nach der Euroeinführung 1999 eingeschlagene Politik ein integriertes aber weniger reguliertes Finanzsystem, in enger Anlehnung an das US-System. Die großen europäischen Banken strebten nach höheren Renditen, wie sie in den USA allem Anschein nach möglich waren. 2007 löste das Platzen der Immobilienblase in den USA die Finanzkrise aus, und als sich diese im September 2008 ausweitete, standen sowohl die US-amerikanischen als auch die europäischen Banken vor dem Zusammenbruch. Eine Rettung war nur durch großvolumige Interventionen der Staaten möglich. Die Bankenkrise wiederum hat zu einem Zusammenbruch des Kreditsystems sowie zu einem starken Konjunkturerinbruch im letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 geführt. Die Produktion in Europa sank um nahezu 5 % und eine noch schwerere Rezession konnte nur durch staatliche Maßnahmen wie höhere Ausgaben und Steuersenkungen verhindert werden.

Der starke Anstieg der Staatsschulden ist daher nicht die Ursache der Krise sondern vielmehr die Folge der Maßnahmen zur Rettung der Banken, der Expansionspolitik, um dem Konjunkturrückgang entgegen zu wirken, und des drastischen Rückgangs der Steuereinnahmen. Aber sobald die Staatsschulden in die Höhe stiegen, nutzten dieselben Finanzunternehmen, die von den Rettungsmaßnahmen profitiert hatten, die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, um gegen das schwächste Glied in der Kette zu spekulieren. Seit Ende 2009 hat sich ein Teufelskreis entwickelt, in dem Finanzinvestoren und die Bewertungen privater Rating-Agenturen dazu geführt haben, dass die Zinsen auf Anleihen der peripheren Euroländer in die Höhe schnellen. Dadurch ist es für diese Staaten extrem teuer geworden, neue Finanzmittel zu beschaffen. Das Ganze begann in Griechenland, dessen Haushaltsdefizit vor der Krise bei 5 % lag (hauptsächlich aufgrund niedriger Steuereinnahmen), 2009 jedoch sprunghaft auf 15 % anstieg. Während die von Griechenland und anderen kleinen Peripherieländern benötigten Hilfen recht bescheiden ausgefallen sind, wandten sich die Spekulationen gegen die größeren Länder, und zwar gegen Spanien (das vor der Krise einen gesamtstaatlichen *Überschuss* verzeichnen konnte), Italien und sogar Frankreich. Innerhalb der Eurozone sind die Haushaltsdefizite der Länder niedriger als in den USA oder in Großbritannien. Diese beiden Länder sind jedoch in der Lage, ihre Defizite mithilfe ihrer Zentralbanken zu finanzieren, eine Strategie die auf Deutschlands Beharren hin von den europäischen Behörden abgelehnt wird. Die europäischen Banken zahlen erneut hohe Bonuszahlungen und nutzen die Steuerzahlenden als Rückversicherer, während die BürgerInnen der EU geschröpft werden,

um für die durch die Staatsfinanzierung ausgelöste Krise zu bezahlen, die zu einer tiefgreifenden sozialen und politischen Krise geworden ist.

Die soziale Krise hat Osteuropa am härtesten getroffen, da die Länder zu rigiden Sparprogrammen gezwungen wurden, um in den Jahren 2008 und 2009 Zahlungsbilanzhilfen zu erhalten. Genauso betroffen sind die peripheren Euroländer, die zu Kürzungen sowohl von Löhnen als auch der Staatsausgaben genötigt wurden, um in den Jahren 2010 und 2011 Hilfen aus der Eurozone zu erhalten. Die Sparprogramme haben sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Ländern zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung geführt. Die Regierungen versuchen, den Finanzmärkten durch Senkung ihrer Ausgaben ihre Kreditwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Währenddessen werden die BürgerInnen der einen Länder gegen die BürgerInnen anderer (stellenweise reicherer) Länder aufgehetzt. Hierdurch fällt der Anti-EU-Populismus auf fruchtbaren Boden, der in mehreren Mitgliedsstaaten bereits besorgniserregende Ausmaße angenommen hat, einschließlich der ehemals unerschütterlichen Staaten Finnland und der Niederlanden.

Die politische Krise wird durch die äußerst undemokratische Vorgehensweise der europäischen Behörden ausgelöst, die in der Krise eine bedenkliche Tendenz zu autoritären Lösungen an den Tag gelegt haben. Die vom Europäischen Rat im März 2011 angenommenen Vorschläge befassen sich vorgeblich mit der politischen Koordinierung, behandeln aber überwiegend ein Verfahren, um sicherzustellen, dass die Europäische Kommission renitenten Mitgliedsstaaten eine Politik vorschreiben kann. Sowohl der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, als auch der deutsche Finanzminister, Wolfgang Schäuble, haben eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik gefordert. Anstelle einer Orientierung in Richtung eines demokratisch kontrollierten europäischen Konzepts war das Ziel der beiden, eine striktere Finanzdisziplin sicherzustellen und die nationalen Politiken einer sehr konservativen gemeinsamen Europapolitik unterzuordnen. In den Empfängerstaaten der EU-Rettungspakete, Griechenland, Portugal und Irland, wurde die demokratische Kontrolle der Wirtschaftspolitik vorerst ausgesetzt. Als sich die Krise im Oktober 2011 vertiefte, wurde die Kontrolle politischer Entscheidungen von nur zwei Mitgliedsstaaten, nämlich Deutschland und Frankreich aufgegriffen, wobei Deutschland das Rennen um die wichtigsten Punkte machte. Im Gegensatz dazu wurde der Vorschlag Griechenlands eine demokratische Legitimierung der Regierungspolitik durch ein Referendum herbeizuführen, nur belächelt.

Anstelle einer unsozialen und undemokratischen Politik, die das gesamte Fundament der europäischen Solidarität zu untergraben droht, muss ein grundsätzlich anderer Ansatz gefunden werden. Die Aussicht auf einen langfristigen Sparkurs und die simple Bemühung um Haushaltsdisziplin höhlen die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung aus. Das gilt nicht nur für die überschuldeten Ländern selbst, sondern auch für alle anderen Staaten, deren Wohlstand auf dem europäischen Markt beruht – einschließlich Deutschland. Die von der aktuellen Krise unmittelbar betroffenen Länder werden ihre Probleme nicht durch Sparprogramme lösen können, sondern nur durch politische Strategien, die das Wirtschaftswachstum fördern. Dies stellt die EU allerdings vor eine noch viel größere Herausforderung: Während die Überwindung der Schuldenkrise eine wachstumsfördernde Politik erfordert, benötigt ökologische Nachhaltigkeit eine Politik, die eine massive Reduzierung des Verbrauches nichterneuerbarer Ressourcen, der Treibhausgasemissionen und anderer Schadstoffe befördert.

Führende PolitikerInnen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten haben offenkundig versagt, diesen Herausforderungen zu begegnen. Dennoch gibt es Stimmen, die Al-

ternativen fordern. Die Gewerkschaften versuchen, gegen die Auswirkungen der offiziellen Politik anzukämpfen. Zudem entstehen neue Formen des öffentlichen Protestes, wie die *indignados*, die erstmalig in Spanien auf der Bildfläche erschienen sind. Diese haben, ebenso wie die *Occupy Wall Street*-Bewegung in den USA, grundlegende Fragen über die Verteilung von Wohlstand und Macht in unserer Gesellschaft aufgeworfen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren analysiert die EuroMemo Gruppe die jüngste Wirtschaftsentwicklung in Europa kritisch und präsentiert zudem die Grundlage für mögliche alternative Politiken. Dies ist unser Beitrag zu den kritischen Debatten in intellektuellen und sozialen Bewegungen in Europa und Ausdruck unserer Solidarität mit all denjenigen, die mit den Auswirkungen dieser zutiefst regressiven, unsozialen Politik der europäischen Behörden zu kämpfen haben.

## 1 Die Krise in der Europäischen Union spitzt sich zu

### 1.1 Der Eurozone steht eine „gefährliche neue Phase“ bevor

Die Europäische Union wird 2011 im zweiten Jahr in Folge nur ein verhaltenes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Das Produktionsniveau der gesamten EU verbleibt unterhalb des Vorkrisenniveaus, und zwischen den einzelnen Ländern gibt es weiterhin starke Unterschiede, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. In Deutschland und den meisten anderen Eurokernländern wird das Produktionsniveau 2011 voraussichtlich leicht oberhalb des Vorkrisenniveaus liegen. In den peripheren Euroländern hingegen ist das Produktionsniveau immer noch niedriger als vor der Krise, und in Griechenland und Portugal hat sich die Rezession beunruhigenderweise weiter verstärkt. Obwohl viele der Länder, allen voran Polen, 2011 ein Wachstum verzeichnen werden, liegt die Produktion in Osteuropa immer noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus, insbesondere in Rumänien und im Baltikum, den am schlimmsten betroffenen Gebieten in der gesamten EU.

Die divergierenden Konjunkturentwicklungen spiegeln sich in den Arbeitslosen- und Einkommensstatistiken für 2011 wider. In der gesamten EU bleibt die Arbeitslosenquote weiterhin hoch, und obwohl die Quoten im Jahresverlauf in etwa der Hälfte der Mitgliedsstaaten leicht gesunken sind, sind sie in der anderen Hälfte gestiegen, am stärksten in Spanien, Griechenland und Zypern. Die Reallöhne sind 2011 in vielen Ländern leicht gesunken und lagen in Griechenland, Ungarn, Rumänien, Litauen und Lettland mehr als 10 % unter dem Vorkrisenniveau.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 flaute der wirtschaftliche Aufschwung ab und dieser Trend scheint sich auch 2012 fortzusetzen.<sup>1</sup> In Europa wird die Nachfrage durch großangelegte Sparprogramme gedrosselt. Diese sind in Irland, Portugal und vor allem in Griechenland am ausgeprägtesten. Diese Länder haben die Auflage bekommen, ihre Staatsausgaben drastisch zu kürzen, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die Löhne und Ausgaben sind auch in Spanien gekürzt worden, und die Regierungen der gesamten Eurozone führen Maßnahmen durch, um die EU-Zielvorgaben einzuhalten und bis 2013 ein Haushaltsdefizit von unter 3 % des BIP zu erreichen. Auch die internationalen Aussichten haben sich verschlechtert. Als die Auswirkungen der expansiven Geld- und Steuerpolitik nachließen, hat sich das Wachstum in den USA 2011 merklich verlangsamt. Die politische Blockade zwischen den Demokraten und Republikanern im Kongress machte weitere Expansionsmaßnahmen, wie die von Präsident Obama im September angekündigten Jobprogramme, sehr unwahrscheinlich.<sup>2</sup> Das rasche Wachstum in größeren Entwicklungsländern, das vor allem dem deutschen Export zugutegekommen ist, scheint langsamer zu werden, was sowohl in China als auch in Brasilien Befürchtungen über einen Anstieg der Inflation ausgelöst und den Internationalen Währungsfonds (IWF) dazu veranlasst hat, Warnungen über die Möglichkeit einer kurzfristigen Umkehrung der Kapitalströme nach Asien und Lateinamerika auszusprechen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Im Oktober 2011 hat die OECD ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone für das Jahr 2012 von 2 % auf 0,3 % gesenkt.

<sup>2</sup> Angesichts des niedrigen Wachstums denkt die US-Notenbank Federal Reserve angeblich darüber nach, zum dritten Mal Geld durch den Kauf von Staatsanleihen in großem Umfang in die Wirtschaft zu pumpen (sog. „quantitative Lockerung“).

<sup>3</sup> IWF, *Global Financial Stability Report*, September 2011, S. 36-37.



Die größte Herausforderung stellt jedoch die Schuldenkrise in der Eurozone dar, die 2010 vorübergehend stabilisiert werden konnte, im Frühjahr 2011 jedoch erneut zum Problem geworden ist und die im Sommer laut Meinung des IWF eine „gefährliche neue Phase“ erreicht hat. Bei einem Sondertreffen des Europäischen Rates im März 2011, stimmten die Staats- und Regierungschefs der EU für den so genannten Euro-Plus-Pakt, ein sehr undemokratisches Maßnahmenpaket, das der Europäischen Kommission mehr Kontrolle über die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten einräumen soll und auch Regeln für eine striktere Haushaltsdisziplin zum Inhalt hat. Es wurde ferner beschlossen, dass die 440 Mrd. Euro schwere Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die im Mai 2010 ins Leben gerufen wurde und 2013 ausläuft, 2013 durch einen ständigen europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von 700 Mrd. Euro abgelöst werden soll. Aus diesem neuen Fonds sollen Kredite unter strikten Auflagen gewährt werden und, entgegen anfänglicher Opposition, „ausnahmsweise“ auch der Kauf von Staatsanleihen finanziert werden. Auf das Beharren einiger Länder unter der Führung Deutschlands hin müssen sich private Investoren jedoch an einem Teil der Kosten beteiligen, und zwar für den Fall, dass überschuldete Länder nicht in der Lage sein sollten, ihre Schulden zurückzuzahlen.<sup>4</sup> Diese Maßnahme, der sich die Europäische Zentralbank (EZB) widersetzte, hat unter anderem dazu beigetragen, die Krise in der Eurozone erneut zu entfachen. Sobald bekannt wurde, dass private Investoren sich an den Kosten zukünftiger Verluste zu beteiligen haben, schnellten die Zinsen für Anleihen der Eurolandperipherie in die Höhe. Für Länder, die als Risiko angesehen wurden, wurde es extrem teuer, neue Finanzmittel von privaten Investoren zu beschaffen, und Portugal war im Mai gezwungen, sich für einen Kredit über 78 Mrd. Euro an die EFSF zu wenden.

Ein weiterer wichtiger Umstand, der zur Vertiefung der Krise beigetragen hat, war die dämmernde Erkenntnis privater Investoren, dass der Griechenland und anderen Ländern auferlegte Sparkurs die Rezession verstärken wird, was den Ländern die Begleichung ihrer Schulden zusätzlich erschwert. Griechenlands Regierung hat das Haushaltsdefizit durch umfangreiche Einsparungen deutlich gesenkt. Das Absinken des Produktions- und Beschäftigungsniveaus hat jedoch nicht nur zu sozialem Elend geführt, sondern auch die Steuereinnahmen sinken lassen und somit die Erreichung des vereinbarten Ziels unmöglich gemacht.

Im Juli 2011 reagierten die Staats- und Regierungschefs der Euroländer auf der Tagung des Europäischen Rates auf die Verschlechterung der Lage. Sie beschlossen einen neuen Kredit für Griechenland über 109 Mrd. Euro, von dem jedoch nur 34 Mrd. Euro direkt an Griechenland gehen sollen. Der restliche Betrag dient als Garantie für ein komplexes Konstrukt zur Reduzierung der Schulden Griechenlands. Griechenlands Regierung musste weitere Kürzungen sowie ein Privatisierungsprogramm unter der Aufsicht der EU-Behörden akzeptieren. Aufgrund der Erkenntnis, dass Strafzinsen für Kredite die Probleme der Länder in der Vergangenheit verschlimmert haben, wurde der Zinssatz von 3 % auf 1 % der Finanzierungskosten gesenkt. Dies betrifft auch die bereits bewilligten Kredite für Irland und Portugal. Die Behörden der Eurozone schlugen außerdem eine Reihe von Änderungen der EFSF-Bedingungen vor, einschließlich einer Volumenerhöhung, um Finanzierungen bis zu einer Höhe von 440 Mrd. Euro für den Kauf von Staatsanleihen und die Sanierung von Privatban-

---

<sup>4</sup> Ab 2013 müssen alle Staatsanleihen der Euroländer Kollektivklauseln enthalten, die eine „superqualifizierte“ Mehrheit der Anleiheninhaber in die Lage versetzen, über Teilwertabschreibung zu entscheiden, wenn deutlich wird, dass eine Regierung den vollständigen Betrag nicht zurückzahlen kann.

ken zu ermöglichen – Maßnahmen, die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten genehmigt werden mussten.<sup>5</sup>

Diese Initiative hat es jedoch nicht vermocht, den Druck auf die privaten Investoren einzudämmen. Im August stiegen die Zinsen für Staatsanleihen von Ländern wie Belgien, Italien, Spanien und erstmals auch Frankreich, wenn auch weniger stark. Als Reaktion darauf nahm die EZB ihre im Januar gestoppten Interventionsankäufe wieder auf, um den Markt zu stabilisieren, und kaufte spanische und italienische Staatsanleihen. Eine Änderung der Bestimmungen, die dem EFSF den Kauf von Staatsanleihen gestattet hätten, war von den Mitgliedsstaaten zu diesem Zeitpunkt noch nicht genehmigt worden. Mit dem Freiwerden großer Geldsummen stieg die Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen, und die Zinsen für 10-Jahres-Anleihen sanken auf unter 2 %, den niedrigsten von der Bundesrepublik jemals verzeichneten Wert. Das Gleiche ereignete sich bei den US-Staatsanleihen und führte dort zum niedrigsten Zinssatz der vergangenen 60 Jahre.

Schätzungen des IWF zufolge zeigt nahezu die Hälfte der 6,5 Billionen Euro schweren Staatsschulden der Eurozone eine erhöhte Risikoneigung.<sup>6</sup> Dies hatte weitreichende Konsequenzen für die europäischen Banken, die umfangreiche Überkreuzbeteiligungen an Staatsanleihen halten. Als die Banken immer mehr unter Druck gerieten, sanken die Aktienbewertungen der europäischen Banken in der Zeit von Januar bis September um 55 %.<sup>7</sup> Die Schätzungen darüber, wie viel Kapital die europäischen Banken benötigen, um ihre Verluste auszugleichen, schwanken. Im Juli veröffentlichte die neue Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) die Ergebnisse von durchgeführten Stresstests der 91 größten europäischen Banken: nur 9 Kreditinstitute fielen durch. Bemerkenswerterweise haben die Tests das Szenario außer Acht gelassen, dass Griechenland oder andere Länder ihre Staatsanleihen nicht zurückzahlen können! Vorläufige im Oktober veröffentlichte Berichte über veränderte Stresstests der EBA zeigen, dass die europäischen Banken etwa 90 Mrd. Euro aufnehmen müssten. Nach IWF-Schätzungen, die von Christine Lagarde kurz nach ihrer Ernennung zur geschäftsführenden Direktorin veröffentlicht wurden, fehlen etwa 200 Mrd. Euro.

Die größte Sorge der Behörden ist, dass ein Zahlungsausfall Griechenlands eine Kette finanzieller Zusammenbrüche auslösen könnte, vergleichbar mit den Ereignissen im Anschluss an den Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008. Diese Sorge wird von den USA, den G20, dem IWF und der Weltbank geteilt, die allesamt Warnrufe an die Eurozone geschickt und sie gebeten haben, entschlossen vorzugehen. Dieses Vorgehen wurde jedoch sowohl durch die politische Zersplitterung innerhalb der EU als auch durch die signifikanten Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Staaten behindert, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, den beiden Ländern, die zum Verdruss der kleinen Länder den politischen Ton angeben.

---

<sup>5</sup> Im Oktober wurde das Genehmigungsverfahren abgeschlossen, nachdem die slowakische Regierung, die zunächst gegen die Änderungen gestimmt hatte, ihre Unterstützung bekundet hat.

<sup>6</sup> IWF, *Global Financial Stability Report*, September 2011, S. 16. Der Bericht beruht auf den Zinsen für Credit Default Swaps (d.h. Kreditausfallversicherungen) von über 200 Basispunkten für Staatspapiere aus Griechenland (5 % des gesamten), Irland (1 %), Portugal (2 %), Spanien (9 %), Italien (25 %) und Belgien (5 %).

<sup>7</sup> Financial Times, 13. September 2011. Die französisch-belgische Bank Dexia, die umfangreiche Anteile an Staatsanleihen gehalten hat, ist im September 2011 zusammengebrochen und hinterlässt Anleihen im Wert von 100 Mrd. Euro, die in den Besitz einer neu gegründeten „Bad Bank“ übergehen.

**Tabelle 1. Indikatoren für EU-Output, Arbeitslosigkeit und Einkommensentwicklung**

	Euroraum Kernländer									Euroraum Peripherie				
	EU 27	EA 17	Belgien	Deutschland	Frankreich	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Finnland	Irland	Griechenland	Spanien	Italien	Portugal
BIP Wachstum 2010-11 in %*	1,7	1,4	2,3	2,5	1,7	3,3	1,9	2,3	3,6	0,7	-3,2	0,7	1,9	-2,2
BIP Wachstum Spitze 2011 in %*	-0,8	-1,0	1,7	0,8	0,5	0,5	0,0	0,7	-1,4	-9,6	-10,0	-3,1	-3,4	-3,4
Arbeitslosenquote 2011 in %*	9,5	10,0	7,0	6,1	9,8	4,6	4,1	3,9	7,8	14,4	16,7	21,0	8,0	12,5
Wachstum der Reallöhne 2010-11 in %**	-0,3	-0,3	-0,2	0,5	-0,1	-1,0	0,9	-0,3	-0,5	-1,3	-3,5	-1,7	-1,0	-3,6
Wachstum der Reallöhne Spitze 2011 in %**	-0,4	-0,4	-1,5	0,2	-0,1	-1,2	0,3	-0,3	-0,5	-1,3	-11,1	-3,7	-1,0	-3,7

	Andere Euroländer			EU Norden			EU Osten							
	Zypern	Slowenien	Slow. Rep.	Dänemark	Schweden	Vereinigtes Königreich	Bulgarien	Tsch. Rep.	Estland	Lettland	Litauen	Ungarn	Polen	Rumänien
BIP Wachstum 2010-11 in %*	1,5	1,8	3,5	1,6	4,2	1,6	2,7	2,0	4,2	2,7	4,4	2,6	4,3	1,3
BIP Wachstum Spitze 2011 in %*	0,7	-4,9	2,5	-3,0	4,4	-2,2	-2,7	-0,2	-11,4	-18,1	-9,3	-3,1	9,8	-7,0
Arbeitslosenquote 2011 in %*	7,0	7,9	13,3	7,3	7,4	8,0	11,5	6,8	12,8	16,2	15,6	10,9	9,5	7,3
Wachstum der Reallöhne 2010-11 in %**	0,5	-0,2	0,3	-0,8	1,6	-0,1	3,2	0,3	0,8	-1,7	0,2	-1,3	2,0	-4,2
Wachstum der Reallöhne Spitze 2011 in %**	0,5	-0,2	7,1	-0,8	0,8	-1,6	9,5	1,9	-3,8	-22,9	-17,0	-11,8	4,6	-16,9

Quelle: \* Eurostat (Oktober 2011), \*\* Ameco (Mai 2011). Die Spitze im vergangenen Jahr stellt den höchsten Wert seit 2007 dar.

Auf der lang erwarteten Tagung des Europäischen Rates Ende Oktober 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der Euroländer in Anbetracht der dramatischen Verschlechterung der griechischen Finanzen beschlossen, den im Juli ausgehandelten Kredit auf 130 Mrd. Euro zu erhöhen. Außerdem wurde die Forderung Deutschlands befürwortet, die Schulden Griechenlands um 50 % abzuschreiben.<sup>8</sup> Um das Risiko einer Ausweitung der Krise abzuwenden, wurde auf der Tagung ebenfalls vereinbart, das Kreditvolumen des EFSF auf rund 1 Billion Euro zu erhöhen.<sup>9</sup> Aufgrund eines weitverbreiteten Widerwillens, die Beiträge zum EFSF-Rettungsschirm zu erhöhen, wurde für die Erhöhung ein „Kredithebel“ an das vorhandene Volumen von 440 Mrd. Euro angesetzt: die ersten Verluste auf Anleihen (im Gespräch

<sup>8</sup> Die deutschen Banken hatten ihre Bestände an griechischen Staatsschuldtiteln seit 2010 erheblich reduziert. Der Schuldenschnitt war von Frankreich zunächst abgelehnt worden (die frz. Banken haben einen hohen Bestand griechischer Staatsschuldtitel) und auch von der EZB, die weitere Zahlungsausfälle infolge des Schuldenschnitts befürchtete. Um zu verhindern, dass der Schuldenschnitt von den Rating-Agenturen als Zahlungsausfall Griechenlands bewertet wird, müssen die Banken „freiwillig“ bestehende Anleihen gegen neue eintauschen.

<sup>9</sup> Der genaue Betrag ist unklar, da Unsicherheit über die genaue Höhe der verfügbaren Fondsmittel und den Hebeleffekt herrscht. Italien, das als größte potentielle Gefahrenquelle gilt, hat ausstehende Staatsschulden in Höhe von 1,9 Billionen Euro.

waren die ersten 20 % bis 30 %) sichert der EFSF durch die 440 Mrd. Euro ab, statt selber Kredite zu vergeben. In einer ersten Verhandlungsrunde hatte Frankreich vorgeschlagen, der EFSF solle von der EZB Geld leihen dürfen, dies wurde jedoch von Deutschland blockiert. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen darüber hinaus, dem Vorschlag der Europäischen Bankenaufsicht zuzustimmen und die Mindestkapitalanforderungen der europäischen Banken auf 9 % zu erhöhen. Auch über diesen Punkt hatte es vor dem Treffen Uneinigkeit gegeben: Frankreich wollte den EFSF zur Refinanzierung der Banken nutzen; Deutschland hatte argumentiert, dass der Rückgriff auf den EFSF ausschließlich als letzter Ausweg fungieren sollte, falls die privaten Märkte und Staatsregierungen ausgeschöpft worden seien. Viele technische Fragen über die Umsetzung dieser Vorschläge konnten jedoch nicht beantwortet werden, und nach dem Gipfel nahmen die Verkäufe auf dem Anleihemarkt im Euroraum zu.

## 1.2 Selbst auferlegte Sparsamkeit als politisches Leitbild

Der Europäische Rat legte seine Sparpolitik beim Treffen im März 2011 wie folgt fest: „Der Europäische Rat billigt im Rahmen des Europäischen Semesters die Prioritäten für Haushaltskonsolidierung und Strukturreform. Er betont die Notwendigkeit, der Wiederherstellung solider Staatshaushalte und der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, sowie dem Abbau der Arbeitslosigkeit durch Reformen des Arbeitsmarkts und neuen Anstrengungen zur Steigerung des Wachstums Priorität einzuräumen.“<sup>10</sup>

Jeder der oben genannten Punkte wird von der Europäischen Kommission in ihrem Jahreswachstumsbericht mit dem Titel „Gesamtkonzept der EU zur Krisenbewältigung nimmt weiter Gestalt an“ (KOM(2011) 11 endgültig) weiter ausgearbeitet:

- Die Wiederherstellung solider Staatshaushalte und der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erfordert jährliche Anpassungen des strukturellen Haushaltsaldos von mehr als 0,5 % des BIP, der üblichen Größenordnung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Hierzu sollen das Wachstum der öffentlichen Ausgaben „streng“ unter der mittelfristigen BIP-Wachstumsquote gehalten und die Steuern erhöht werden, vor allem die indirekten Abgaben, die als „wachstumsfreundlicher“ angesehen werden als direkte Steuern. Die Haushaltskonsolidierung soll außerdem durch Reformen der Rentensysteme gefördert werden, wie die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und der Förderung des Aufbaus von privatem Sparvermögen.
- Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wird den Regierungen geraten, sie sollten „Anreize zur Aufnahme einer Arbeit vermitteln, die Abhängigkeit von Arbeitslosenleistungen verhindern und die Anpassung an den Wirtschaftszyklus unterstützen“ (ebd., S. 7). Für ein ausgewogenes Verhältnis von Sicherheit und Flexibilität, wird den Regierungen empfohlen, „den übermäßigen Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen zu reduzieren“ (S. 8).
- In Bezug auf das Wachstum werden wachstumsfördernde Maßnahmen mit dem „Schwerpunkt Wachstum“ empfohlen. Diese Reformen enthalten den Abbau der verbleibenden „Zugangsschranken und Behinderungen des Unternehmertums“, die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie und eine Steuerharmonisierung, auch wenn dieses Thema als „sensibler Bereich“ angesehen wird (S. 9).

---

<sup>10</sup> Europäischer Rat, 24./25. März 2011, *Schlussfolgerungen*, Abs. 2, S. 2.

In ihrer Gesamtheit betrachtet bilden die Hauptpunkte der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU ein Triptychon aus „Haushaltskonsolidierung – Arbeitsmarktreform – Liberalisierung der Märkte“, wobei die Liberalisierung die Privatisierung von Staatsvermögen sowie der Sozialsysteme beinhaltet. Dieses Triptychon ist als bestimmendes Element der gegenwärtigen neo-liberalen Agenda und der zentralen politischen Richtlinie in die Sparpolitik eingebettet, die nicht nur von der EU, sondern auch vom IWF angewendet wird, wie aus den einzelnen Programmen der EU bzw. des IWF hervorgeht. Diese tragen zwei Überschriften: Fazilität zur Stützung der Zahlungsbilanzen und die, wie oben in Abschnitt 1.1 beschrieben, vorübergehend neu begründete Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM). Sowohl EFSF als auch EFSM basieren auf dem für Griechenland geschaffenen Rettungspaket.

### **Die Programme von EU und IWF I: Fazilität zur Stützung der Zahlungsbilanzen**

Nach der Finanzkrise setzten die EU und der IWF in Ungarn, Lettland und Rumänien mehrere gemeinschaftliche Zahlungsbilanzhilfen um. Gemäß Art. 143 des Unionsvertrages und der EG-VO 332/2002 richten sich diese Programme an Mitgliedsstaaten mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Sie bezwecken die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Binnenmarkts und/oder die Durchsetzung der gemeinsamen Handelspolitik. Die Gewährung von Finanzhilfe erfolgt in beiden Fällen unter dem Aspekt der Konditionalität. Die Zahlungsbilanzhilfen stehen nur Mitgliedsstaaten offen, die nicht zur Eurozone gehören. Sie sind auf 50 Mrd. Euro begrenzt.

Die EU tritt in erster Linie als Kreditnehmerin auf, emittiert Schuldtitel an den Kapitalmärkten und leiht die Mittel dann anschließend den am Programm beteiligten Ländern. Auf Grundlage der 2009 gegründeten Wiener Initiative beteiligen sich auch andere Finanzunternehmen, wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD), die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Weltbank an diesen Programmen.

**Lettland** – Im Dezember 2008 wurde Lettland eine Zahlungsbilanzhilfe bewilligt, die 2012 ausläuft und sich auf 20 Mrd. Euro beläuft, wovon 6,5 Mrd. Euro von der EU stammten. Die Auflagen für das Programm beinhalten Folgendes: Haushaltskonsolidierung, Reform der Haushaltsführung, Regulierung des Finanzsektors und Finanzaufsichtsreform, Strukturreformen sowie die Verwendung der EU-Strukturfondsmittel für kofinanzierte Projekte der EU.<sup>11</sup> Im Jahr 2007 belief sich Lettlands Leistungsbilanzdefizit auf 22,3 % des BIP, dieses sank bis 2011 auf 0,3 %. Lettlands reales BIP ist in der Zeit von 2007 bis 2010 jedoch um mehr als 20 % gesunken, während die Arbeitslosenquote von 6 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2007 auf 17,2 % im Jahr 2011 gestiegen ist. Aufgrund der schwachen Wachstumsprognosen für 2011 und 2012 wird die Produktion immer noch mehr als 10 % unterhalb des Niveaus von 2007 und die Arbeitslosenquote wird bei über 13 % liegen. Zu guter Letzt betrug das Staatsdefizit 2007 nur 0,3 % des BIP und die Staatsschulden 9 % des BIP, diese sind bis 2011 auf 4,5 % bzw. 48,2 % gestiegen. Diese Zahlen belegen die Tatsache, dass Lettland schon vor der Finanzkrise ein ernsthaftes Problem hatte und tief in der Rezession steckte. Der Grund hierfür waren jedoch nicht die Staatsschulden. Angesichts dessen kommen Zweifel an der von der EU verfolgten Austeritätspolitik auf.

---

<sup>11</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu\\_borrower/balance\\_of\\_payments/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/balance_of_payments/index_en.htm)

**Rumänien** – Rumänien mussten gleich zwei Zahlungsbilanzhilfen bewilligt werden: im Mai 2009 20 Mrd. Euro für einen Zeitraum von 24 Monaten, von denen 5 Mrd. Euro von der EU stammten und im März 2011 dann nochmals 5 Mrd. Euro ebenfalls für einen Zeitraum von 24 Monaten, von denen 1,4 Mrd. Euro von der EU stammten. Die Auflagen für die Zahlungsbilanzhilfen waren identisch mit denen für Lettland, mit den Zusatzaufgaben staatliche Unternehmen zu privatisieren sowie eine Reform der Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes und des Rentensystems durchzuführen.<sup>12</sup> Das Leistungsbilanzdefizit von Rumänien entsprach 2007 dem von Lettland (13,6% des BIP), das bis 2011 auf 4,4% reduziert werden konnte. Die öffentlichen Finanzen waren jedoch innerhalb der vom europäischen Stabilitätspakt vorgegebenen Grenzen, und Rumänien konnte ein starkes Wachstum verzeichnen (6,3 % im Jahr 2007). 2007 entsprach das Staatsdefizit 2,6 % des BIP und die Staatsschulden beliefen sich auf 12,6 % des BIP. Bis 2011 stieg das Staatsdefizit auf 4,7 % des BIP, in erster Linie aufgrund der schweren Rezession des Landes (Rückgang des BIP um 8,3 % in der Zeit von 2008 bis 2010). Die Staatsschulden stiegen 2011 auf 33,7 % des BIP. Sowohl das Staatsdefizit als auch die Staatsschulden liegen beide innerhalb der Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Unter dem Einfluss der Rezession stieg die Arbeitslosenquote 2011 jedoch auf 8,2 %.

**Ungarn** – Die erste Zahlungsbilanzhilfe für Ungarn war im Oktober 2008 bewilligt worden und lief im November 2010 aus. Sie belief sich auf 20 Mrd. Euro, von denen 6,5 Mrd. Euro von der EU beigesteuert wurden. Die an die Bilanzhilfen geknüpften Auflagen waren die Gleichen wie für Lettland und Rumänien. Wie in diesen beiden Ländern verbesserte sich Ungarns Leistungsbilanz von einem Defizit in Höhe von 7 % des BIP im Jahr 2007 auf einen Überschuss von 1,6 % im Jahr 2011. In der gleichen Zeit verbesserte sich der öffentliche Finanzierungssaldo von einem Defizit in Höhe von 5 % des BIP auf einen Überschuss von 1,6 %, während die Staatsschulden von 66 % des BIP auf 75 % gestiegen sind. Nachdem das reale BIP im Jahr 2009 während der schweren Rezession um 6,8 % gesunken ist, wird die Produktion 2011 um 2,7 % steigen, auch wenn dies nicht ausreichen wird, das BIP auf das Niveau von 2007 zu bringen. Außerdem verschlechterte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenquote stieg von 7,4 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2007 auf 11 % im Jahr 2011. Die großen Kapitalzuflüsse im Vorfeld der Krise sind jetzt eine Ursache der wirtschaftlichen Instabilität, da multinationale Unternehmen ihre Profite in ihre wohlhabenderen Heimatländer repatriieren.

In allen drei Ländern sorgte eine brutale Rezession für eine ebenso brutale Korrektur der Leistungsbilanzen. Die vom IWF und der Europäischen Kommission eingeforderten Sparprogramme stehen in komplettem Widerspruch zu den Bedürfnissen dieser einkommensschwachen Länder, die unter Massenarbeitslosigkeit leiden, und im Widerspruch zu ihrer relativ günstigen Haushaltsposition (die öffentlichen Schuldenquoten und Staatsdefizite aller drei Länder liegen unter dem EU-Durchschnitt).

### **Die Programme von EU und IWF II: Rettungspaket für Griechenland: EFSF und EFSM**

Die Programme der EU und des IWF wurden eigens als Antwort auf die Staatsschuldenkrise und, im Falle von Irland und Portugal, als Reaktion auf die europäische Bankenkrise ins Leben gerufen. Die Auflagen dieser Programme entsprechen denen für die Länder Osteuropas, auch wenn die Finanzierung auf unterschiedliche Weise erfolgt.

Das **Rettungspaket für Griechenland** ist ein 3-Jahres-Programm (2010-2013) und stellt bila-

---

<sup>12</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu\\_borrower/balance\\_of\\_payments/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/balance_of_payments/index_en.htm)

terale Kredite in einer Gesamthöhe von insgesamt 80 Mrd. Euro der Euroländer und 30 Mrd. Euro im Rahmen eines Stand-By-Abkommens mit dem IWF zur Verfügung. Die Europäische Kommission tritt nicht als Kreditnehmerin auf, sondern als Verwalterin der zusammengelegten bilateralen Kredite. Die Programmauflagen sehen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, Rentenreformen, Arbeitsmarktreformen und die Liberalisierung regulierter Sektoren sowie die Privatisierung großer Unternehmensbereiche, die sich noch in staatlichem Besitz befinden, vor. Für 2014 wurden die folgenden Ziele festgelegt: Das Staatsdefizit soll von 15,4 % im Jahr 2009 auf 2,6 % gesenkt werden; Staatsschulden, die 2009 127 % betragen, sollen 157 % nicht überschreiten. Entsprechend der jüngsten Überprüfung durch die sog. Troika (Europäische Kommission, EZB und IWF) sind diese Ziele unerreichbar, da sie die Auswirkungen der sich vertiefenden Rezession nicht ausreichend berücksichtigen. Schätzungen zufolge wird das Staatsdefizit bis 2020 nicht unter 3 % des BIP sinken, während sich die Staatsschulden im Jahr 2013 auf 186 % des BIP und 2020 auf 152 % belaufen werden. Die Ursachen, die für diese Abweichungen angegeben werden, sind eine „längere und schwerere Rezession“ als erwartet (das BIP ist seit Programmbeginn um mehr als 10 % gesunken und wird auch 2012 sinken) und „Verzögerungen bei der politischen Umsetzung“.<sup>13</sup> Die politischen Empfehlungen bleiben unverändert, während Deutschland und Frankreich ihre Differenzen über die Frage der Umstrukturierung der Schulden Griechenlands beizulegen suchen. In der Zwischenzeit ist die Arbeitslosenquote von 8,3 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2007 auf beinahe 17 % im Jahr 2011 angestiegen.

Nachdem **Irland** im Jahr 2009 das erste Sparprogramm beschlossen hatte, wurde im Jahr 2010 von der EU und dem IWF ein 3-Jahres-Programm eingeführt. Dieses enthält bilaterale Beiträge von Großbritannien, Schweden und Dänemark, von EFSF und EFSM sowie vom IWF und einen Beitrag Irlands, der über seine Liquiditätsreserven der Finanzverwaltung und den Pensionsreserven finanziert wird. Das Programm beläuft sich auf insgesamt 85 Mrd. Euro, von denen 35 Mrd. Euro (41 %) für die Entschuldung und Umstrukturierung des Bankensektors vorgesehen sind. Die übrigen Ziele des Programms beinhalten eine Haushaltsanpassung, um das Defizit von 14,3 % des BIP im Jahr 2009 bis 2015 auf unter 3 % zu senken, sowie Strukturreformen des Arbeitsmarktes. Entsprechend der jüngsten Überprüfung durch die Troika wird Irlands Wachstum 2011 positiv ausfallen (Schätzungen zufolge 0,4 %), nach einem Rückgang von mehr als 10 % in der Zeit von 2007 bis 2010.<sup>14</sup> Die Arbeitslosenquote ist von 4,6 % im Jahr 2007 auf 14,6 % im Jahr 2011 gestiegen. Die umfangreichen Nettoabflüsse der Gewinne ausländischer multinationaler Unternehmen aus Irland sind im Verlauf der Krise nicht zurückgegangen (obwohl einige der verzeichneten Abflüsse die Transferpreise multinationaler Unternehmen widerspiegeln), und während das BIP in der Zeit von 2007 bis 2010 um 10,2 % sank, verzeichnete das BSP einen Rückgang von 12,1 %.

**Portugal** ist ebenfalls ein 3-Jahres-Programm bewilligt worden (2011-2014). Die Hilfe in Höhe von 78 Mrd. Euro wird durch Beiträge von EFSM, EFSF und IWF finanziert. Die Programmziele beinhalten die Haushaltskonsolidierung, um das Staatsdefizit bis 2013 auf unter 3 % des BIP zu senken, Strukturreformen zu Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Entschuldung und Umstrukturierung der Banken. Das reale BIP Portugals sank in den Jahren

---

<sup>13</sup> Erklärung der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF über die 5. Mission nach Griechenland, Memo/11/684, 11. Okt. 2011.

<sup>14</sup> Erklärung der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF über die Mission nach Irland, Memo/11/720, 20. Okt. 2011.

2008, 2009 und 2011 und soll Prognosen zufolge auch 2012 sinken, was zu einer kumulierten Verringerung von 6 % führt. Die Arbeitslosenquote ist von 8 % im Jahr 2009 auf 12,3 % im Jahr 2011 gestiegen. Trotz dieser Entwicklungen bleibt die Troika optimistisch, dass der wirtschaftliche Aufschwung 2013 beginnen wird, auch wenn ein Großteil der schwierigen Veränderungen noch bevorstehen.<sup>15</sup>

Insgesamt wiederholen die Programme von EU und IWF das Triptychon „Haushaltskonsolidierung – Arbeitsmarktreform – Liberalisierung der Märkte“, was in der Ausrichtung der EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich wird. Diese werden auch vom IWF gefordert. Eines der augenfälligsten Merkmale der Programme von EU und IWF ist, dass sie alle zu einem starken Rückgang der Produktionen geführt haben. Der Datenbank AMECO zufolge betrug der Produktionsrückgang in der Zeit seit dem Höhepunkt der Krise und während des folgenden Konjunkturtiefs 20,6 % in Lettland, 8,3 % in Rumänien, 5,6 % in Ungarn, 14,4 % in Griechenland, 10,1 % in Irland und 6,0 % in Portugal.

### **1.3 EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik voller Widersprüche**

Die Wachstumsmodelle der offiziellen und potentiellen EU-Beitrittskandidaten in Südosteuropa und der Türkei sind von der aktuellen Krise hart getroffen worden. In den vergangenen Jahren basierte das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern überwiegend auf Kapitalzuflüssen, die aufgrund der festen Wechselkurse und verhältnismäßig hohen Zinsen, in die Länder strömten. Ein wesentlicher Anteil der steigenden Schulden privater Haushalte war in Fremdwährung und infolgedessen war die verschuldete Mittelschicht an überbewertete Wechselkurse gekettet. Die hohen Wechselkurse hatten erhebliche Nachteile: Sie haben die industrielle Entwicklung gehemmt, insbesondere in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. In Serbien betrug die industrielle Produktion 2008 gerade mal 51 % des Niveaus von 2001.<sup>16</sup> Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist sehr hoch und liegt bei rund 30 % in Mazedonien und Bosnien Herzegowina und bei etwa 20 % in Serbien und Montenegro.

In der Türkei ist die Leistungsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes höher als im ehemaligen Jugoslawien. In erster Linie haben jedoch die Montagewerke floriert. Die Wechselkurspolitik hat Importe stärker begünstigt als die inländische Produktion und den Export. Das Handels- und Leistungsbilanzdefizit fiel in den südosteuropäischen Beitrittskandidaten sehr hoch aus, in vielen Fällen lag es bei mehr als 10 % des BIP. Das aktuelle Leistungsbilanzdefizit der Türkei war niedriger, hat in der Zeit von 2002 bis 2007 jedoch deutlich zugenommen. Trotz hoher Wachstumsraten sind die Beschäftigtenzahlen in der Türkei nicht gestiegen und die Reallöhne hinken der steigenden Produktivität unter der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) hinterher.

Die Volkswirtschaften im nicht zur EU gehörenden Südosteuropa und in der Türkei sind hart von der Krise getroffen worden. Kroatien und Montenegro leiden unter einer besonders starken und anhaltenden Rezession. In beiden Ländern ist das BIP sowohl 2009 als auch 2010 gesunken. Der Rückgang des BIP war 2009 ganz besonders ausgeprägt und lag bei 6,0 % bzw. 5,7 %. Die politischen Wahlmöglichkeiten sind in beiden Ländern stark eingeschränkt. In Kroatien sind die Fremdwährungsschulden ausgesprochen hoch. In Anbetracht der Interessen der Banken und der zahlreichen Fremdschuldverbindlichkeiten hat sich die kroatische Regierung für die Ergreifung deflationärer Maßnahmen entschieden und versucht, um jeden Preis

---

<sup>15</sup> Memo/11/555, 12. August 2011.

<sup>16</sup> M. Uvalic, *Serbia's Transition - The Thorny Road to a Better Future*, Palgrave, Macmillan, 2008, S. 210



eine Abwertung des Kuna zu verhindern. Im Gegensatz dazu fordern kritische kroatische Ökonominnen eine nationale Entwicklungsstrategie und eine Konvertierung der bestehenden Fremdwährungsschulden in die Staatswährung, um politischen Spielraum zu gewinnen. Montenegros Wirtschaft stützt sich vollständig auf den Euro als Leitwährung und verzeichnet das höchste aktuelle Leistungsbilanzdefizit in der Region (26,6 % des BIP im Jahr 2010). Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien haben 2009 alle Rezessionen durchgemacht, ihr BIP 2010 jedoch stabilisieren können. Die Politik in diesen Ländern war außerdem prozyklisch, häufig aufgrund von IWF-Programmen. Die türkische Wirtschaft hat 2009 eine schwere Rezession erlitten (das BIP sank um 4,8 %), konnte 2010 jedoch wieder einen starken Aufschwung verzeichnen (+8,9 %). Das Wachstum in der Türkei ist jedoch stark auf Kapitalzuflüsse angewiesen, das Leistungsbilanzdefizit 2010 entspricht 9 % des BIP. Daher ist der Aufschwung im Falle einer Umkehrung der Kapitalströme sehr fragil.

Auch die osteuropäischen Nachbarstaaten haben sich als anfällig erwiesen, obwohl diese über eine bessere Industriestruktur verfügen als das ehemalige Jugoslawien. Das Wachstum in der Ukraine war vor der Krise stark abhängig von Kapitalzuflüssen und schnell wachsender Verschuldung. Das BIP der Ukraine sank 2009 um 14,8 % und erholte sich 2010 nur leicht. Die Krise hat das planwirtschaftliche Weißrussland weniger stark getroffen. Die Wirtschaft leidet jedoch an der ausgeprägten Devisenknappheit.

Die Krisenjahre haben gezeigt, dass die kapitalistischen Transformationsstrategien, die durch transnationale sowie lokale Geschäftsinteressen, die nationalen Regierungen, die EU und die internationalen Finanzunternehmen gefördert wurden, zu nicht tragfähigen Produktionsstrukturen in der äußeren osteuropäischen Peripherie geführt haben. In Nordafrika hat die Krise die strukturellen Schwächen der EU-Mittelmeerstrategie deutlich zutage treten lassen, welche hauptsächlich auf liberale Wirtschaftspolitiken ausgerichtet ist. Im Gegensatz zur osteuropäischen Peripherie hat die Wirtschaftskrise in Nordafrika politische Umwälzungsprozesse ausgelöst.

In den nordafrikanischen Nachbarländern haben neoliberale Strategien ebenfalls zu sehr anfälligen Volkswirtschaften geführt und die Gesellschaften polarisiert. In der Finanzpresse wurden Tunesien und Ägypten als Aushängeschilder für eine neoliberale Politik präsentiert. Diese beiden Länder waren die nordafrikanischen Pfeiler der EU-Mittelmeerpolitik. Die Mittelmeerpolitik der EU verfolgt zwei Ziele: Zugang zu den Energieressourcen in den Regionen zu erhalten und politische Stabilität herbeizuführen. Für die EU hatte politische Stabilität Vorrang vor der Demokratisierung.

#### **1.4 Radikalisierender Neomerkantilismus bei Handel und Entwicklung**

Die Vertiefung der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 hat zu einem dramatischen Rückgang des weltweiten Handels geführt. Dies hat sich insbesondere auf exportorientierte EU-Staaten wie Deutschland und Österreich ausgewirkt. Der Handelsaufschwung in den Jahren 2010 und 2011 hat Deutschland und den anderen EU-Kernländern jedoch erneut ein starkes Wachstum beschert. Der Aufschwung der Weltwirtschaft war insbesondere von den hohen Wachstumsraten aufstrebender Volkswirtschaften, vor allem China, getragen. Gleichzeitig verharrten die globalen Ungleichgewichte auf einem besorgniserregenden Niveau, trotz der vorübergehenden Dämpfung im Zuge der Finanzkrise. Während die meisten Defizitländer, insbesondere die USA, ihre Importe infolge der schwachen inländischen Nachfrage reduziert haben, halten Exportnationen wie Deutschland und Japan an ihren exportorientierten Wachstumsmodellen fest. Dies gilt ebenfalls für China, wo der Export die treibende Wirtschaftskraft ist. Auch wenn die chinesische Regierung scheinbar erste Schritte auf dem Weg

zu einer Wachstumsstrategie unternommen hat, die auf einer Stärkung des Binnenkonsums beruht, wird sich dies, wenn überhaupt, nur langfristig ernsthaft bemerkbar machen.

Ein weiterer Trend mit destabilisierenden Auswirkungen war die Aufwertung der Währungen einiger aufstrebender Volkswirtschaften. Ausschlaggebend hierfür waren die Kapitalzuflüsse aus Kernländern, insbesondere aus den USA und der Eurozone. Aufstrebende Volkswirtschaften wie Brasilien, dessen Währung Real in der Zeit von Anfang 2009 bis Mitte 2011 mehr als 30 % gewonnen hat, haben Maßnahmen ergriffen, um diese Zuflüsse zu stoppen. Allerdings mit beschränktem Erfolg. Die Regierungen dieser Länder deuteten die Kapitalströme als Ergebnis einer „Beggary-Neighbour“-Politik infolge der großen Expansion der Geldmenge in den USA (sog. quantitative Lockerung) und schlechtem Krisenmanagement in der Eurozone, und sie warnten vor den Gefahren eines globalen Währungskrieges. Während es den im globalen Süden gelegenen Ländern gelungen ist, die schlimmsten Auswirkungen der globalen Krise 2008/09 zu meistern, gelten die Turbulenzen in der Eurozone sowie die tiefverwurzelten wirtschaftlichen und politischen Probleme in den USA als zentrale Ursache für die weltweite Konjunkturabschwächung 2011 und die für 2012 drohende Rezession.

### **1.5 Verschärfung einer komplexen Krise – die Beispiele Energie und Landwirtschaft**

Die durch wirtschaftliche, ökologische und internationale Beziehungen bedingte komplexe Krise der vergangenen Jahre wird von den etablierten Politiken nicht ernsthaft thematisiert. Die Katastrophe von Fukushima, die die Gefahren der Atomenergie erneut deutlich gemacht hat, hat die deutsche Bundesregierung dazu veranlasst, ein bereits länger existierendes, langfristiges Atomausstiegsprogramm wieder aufleben zu lassen. Eventuell wird sich Belgien diesem Beispiel anschließen. Ein europaweiter Atomausstieg ist derzeit aber nicht in Sicht. In vielen Bereichen werden Ad-hoc-Maßnahmen ergriffen, um Zeit zu gewinnen, und in der Hoffnung, dass sich eine „spontane“ Lösung ergeben wird. Es gibt jedoch keinen systematischen Ansatz, um ernsthafte, langfristig angelegte Vorschläge zu erarbeiten. In Bezug auf den Verlust der Biodiversität z. B. hat es die EU nicht vermocht, ihre Versprechungen einzuhalten und eine angemessene Lösung zu erarbeiten, obwohl deren rücksichtslose Zerstörung genauso voranschreitet wie in den vergangenen Jahrzehnten.

Seit dem der Klimagipfel in Kopenhagen daran gescheitert ist, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu beschließen, hat sich auch die EU als unfähig erwiesen, diese Möglichkeit zu ergreifen und eine „Koalition der Entschlossenheit“ zu bilden, die ehrgeizige Maßnahmen zur Kontrolle und Reduzierung der Treibhausgasemissionen beschließt. Stattdessen gibt sie sich weiterhin der Illusion hin, eine Lösung der Probleme könne durch Technologien und Marktinstrumente erreicht werden. Ein ernsthafter Durchbruch erscheint unwahrscheinlich, wenn es den sozialen und politischen Organisationen nicht gelingt, genügend Druck auszuüben.

Das Problem der Ressourcenknappheit hat auch im öffentlichen Bewusstsein an Bedeutung gewonnen, von „Peak Oil“ zu „Peak alles“.<sup>17</sup> Trotz allem hat die EU noch nicht einmal begonnen, eine nachhaltige Strategie für das Problem der Ressourcenknappheit zu entwickeln. Eine solche Strategie müsste Angebot und Nachfrage auf sozial gerechte Weise aufeinander abstimmen. Stattdessen hält die EU an ihrer Strategie fest, den europäischen VerbraucherInnen einen „privilegierten Zugang“ zu Rohstoffen zu verschaffen. Dieser Ansatz ist jedoch

---

<sup>17</sup> L. Brangsch et al., *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation*, Berlin, 2011, S. 30ff.

nur auf kurze oder bestenfalls mittlere Sicht zweckdienlich, und verleiht der militärischen Dimension der Politik ein starkes Gewicht. Diese Entwicklung ist überaus beunruhigend.

Im Bereich der Energiepolitik wird dieses Problem besonders deutlich: Die EU klammert sich an die problembehafteten Energiequellen (Atomkraft, Kohle, Öl und Gas), die allesamt nur begrenzt verfügbar sind. Es gibt keinen wirkungsvollen Versuch seitens der EU, die nahezu unbegrenzten Möglichkeiten von Energiesparmaßnahmen sowie die Erschließung nachhaltiger Energiequellen strategisch nutzbar machen. Tatsächlich verschärft die Energiepolitik der EU die Probleme in der Landwirtschaft. Sie hat das Ziel, bis zu 20 % des für Transporte benötigten Treibstoffes aus landwirtschaftlichen Rohstoffen herzustellen. Dies wird sich weltweit negativ auf die Landwirtschaft auswirken. Da ein steigender Anteil des zu landwirtschaftlichen Zwecken genutzten Bodens für die Herstellung von Bio-Treibstoffen genutzt wird, werden die Bodenpreise in die Höhe schnellen. Die Tendenz zu länderübergreifenden Kooperationen, um sich großen Landbesitz in aller Welt anzueignen, wird weiter steigen, und besonders in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara und in Lateinamerika wird Kleinbauern deren Existenzgrundlage entzogen.

Es gibt Bereiche, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse höchst umstritten sind oder Unklarheiten bestehen. Kritik ist jedoch angebracht, wenn Regierungen verfügbares Wissen missachten, insbesondere wenn Institutionen dieses Wissen zugänglich machen, so wie im Falle des zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaänderung (IPCC).<sup>18</sup> Die Politik hat durch ihr unkritisches Vertrauen in bestimmte Paradigmen der Wirtschafts- und anderen Sozialwissenschaften, die in den Jahren neoliberaler Hegemonie an Einfluss gewonnen haben, Schaden genommen. Demokratisch gewählte Regierungen sollten nicht die Interessen derjenigen missachten, die von ihrer Politik betroffen sind, und sie sollten den historischen Erfahrungen von öffentlichen Trägern und Volksorganisationen in den jeweiligen Bereichen in vollem Umfang Rechnung tragen. Und ganz gewiss sollten sie wissenschaftliche Debatten, die in der Vergangenheit geführt wurden, nicht vergessen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist ein anschauliches Beispiel. Die ExpertInnen der EU scheinen historische Erfahrungen im Zusammenhang mit der aufkommenden Ernährungskrise, der Milchkrise und der Mobilitätskrise in der Landwirtschaft sowie die durch gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ausgelösten Gesundheitsprobleme, den allgegenwärtigen Einsatz von Medikamenten in der Massentierhaltung und die durch den verbreiteten Einsatz von Antibiotika verursachte Resistenzentwicklung zu ignorieren. Stattdessen verteidigen diese ExpertInnen, unterstützt von mächtigen Lobbygruppen des landwirtschaftlich-industriellen-Komplexes, Maßnahmen und institutionelle Regelungen, die sich als ungeeignet erwiesen haben. In ihrem jüngsten Grundsatzpapier betrachtet es die Kommission als selbstverständlich, dass der vorhandene Hunger auf der Welt allein durch eine Produktionserhöhung überwunden werden wird.<sup>19</sup> Dies ist jedoch absolut unzureichend: Bei der Bekämpfung des Hungers geht es nicht nur um die Gesamthöhe der Produktion, sondern auch um die Frage, wer für wen zu welchem Preis produziert, und darum, wie die Gewinnverteilung entlang der Produktionskette vom Primärerzeuger bis zum Endverbraucher erfolgt.

---

<sup>18</sup> Zum Thema negative Ergebnisse durch Tatenlosigkeit der Regierung beim Klimawandel, siehe den neuesten Überblick der Internationalen Energieagentur (IEA), *World Energy Outlook 2011*, Kapitel 6, *Climate change and the 450 scenario*, S. 205-241.

<sup>19</sup> Vgl. Rechtsvorschläge für die GAP nach 2013, [http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm), veröffentlicht am 12. Oktober 2011.

Zuzugeben, dass die europäische Landwirtschaft sich in einem desolaten Zustand befindet, wäre ein erster Schritt, um diesen Zustand zu überwinden. Der fehlgeschlagene Versuch, die Landwirtschaft zu industrialisieren, der oft von der Gentechnologie begleitet wurde, ohne jede Perspektive einer nachhaltigen Umsetzbarkeit jenseits kurzfristiger Erfolge hat zur Erschöpfung der Böden, einer Zerstörung der biologischen Vielfalt, Armut in ländlichen Regionen, unsicheren und weltweit nicht ausreichenden Nahrungsmitteln und zu einem Abbau von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum geführt. In der Landwirtschaft werden ohne staatliche Subventionen schon lange keine Profite mehr erzielt, und der Sektor ist zum Paradebeispiel für die aggressiven Verknüpfungen zwischen „Massenkonsum“, „Massenvertrieb“ und „Massenkonformität“ geworden. Hierdurch ist die Möglichkeit konterkariert worden, das neue Bild eines aktiven und aufgeklärten Verbrauchers zu schaffen (vgl. das französische Konzept des „consommacteur“ bzw. des „mündigen Verbrauchers“). Die klassenbedingten Aspekte der Erzeugung und des Konsums von Agrarprodukten scheinen gänzlich aus dem Blickfeld verschwunden zu sein: Bei einer Ungleichverteilung der ökologischen Potenziale und einer stärkeren Gefährdung der Armen durch ökologischen Druck geht es nicht nur um „Arm gegen Reich“. Das Fehlen verbindlicher Regelungen und die Bevorzugung von auf Privateigentum basierenden „Marktlösungen“ haben den Landraub in Gebieten außerhalb der EU, auf den oben bereits hingewiesen wurde, zusätzlich verstärkt.

Die Agrarpolitik der EU hat sowohl intern als auch extern eine sehr schwierige Situation herbeigeführt. Von den 1980er Jahren bis zum Mitte des ersten Jahrzehnts dieses Jahrtausends, war die EU die treibende Kraft bei der Überschwemmung der weltweiten Nahrungsmittelmärkte mit hoch subventionierten Agrarprodukten aus den Industrieländern. Dies hat zu einem dramatischen Preiseinbruch für diese Lebensmittel auf dem Weltmarkt geführt. Die Entwicklungsländer können da nicht mehr mithalten und sind immer noch vom Import billiger Nahrungsmittel abhängig, um ihre wachsende Bevölkerung zu ernähren. Viele Länder importieren mehr Nahrung als sie selber herstellen. Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen diese Länder jedoch gerade ihre eigene landwirtschaftliche Produktion fördern und ihre Abhängigkeit von den instabilen Weltmärkten verringern. Hierfür benötigen sie zusätzliche Agrarinvestitionen, die so gestaltet werden sollten, dass sie Arbeitsplätze für die Landbevölkerung schaffen und die umfangreichen wirtschaftlichen Möglichkeiten kleinerer und mittlerer Bauern stärken. Auch wenn Länder den politischen Willen haben, solche Investitionen zu fördern, wird dieses durch die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen untergraben, die die EU weltweit unterstützt. Die Tendenz, die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten nachhaltiger Entwicklungen zu fördern, wird auch durch die Schaffung neuer Abhängigkeiten durch technische Strukturen verstärkt, wie im Falle der Einführung gentechnisch veränderten Saatgutes, das von den Bauern, die dieses für ihre eigene Produktion einsetzen müssen, nicht länger selber erzeugt werden kann.

Das ursächliche Problem lässt sich an der Haltung der EU zur globalen und europäischen Forstwirtschaft veranschaulichen, die zerstörerische Auswirkungen auf forstwirtschaftliche Ressourcen und somit auf die Lebensgrundlagen der Menschen außerhalb der EU hat. Die vom Emissionshandelssystem der EU (ETS) gewährten finanziellen Anreize bestärken die großen Energieunternehmen wie RWE, Vattenfall oder DONG darin, große Mengen Holzpallets für die Stromerzeugung europäischer Hauptstädte wie Berlin, London oder Kopenhagen zu importieren. Das kommt daher, dass innerhalb der EU die Verbrennung von Holz mit CO<sub>2</sub>-Gutschriften belohnt wird, um die Illusion zu verbreiten, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen

durch die Nutzung fossiler Energieträger vermieden werden. Tatsächlich aber wird der weltweite Ausstoß von CO<sub>2</sub> durch den Gesamtprozess erhöht.<sup>20</sup>

Nach Innen haben die Unterordnung der landwirtschaftlichen Produktion und der Entwicklung ländlicher Gebiete unter die Anforderungen des landwirtschaftlich-industriellen Komplexes die Möglichkeiten kleiner Bauern zerstört, nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben und die regionale Entwicklung zu fördern. Die Unterordnung der landwirtschaftlichen Erzeugung unter die Interessen landwirtschaftlicher Konzerne hat die Vernichtung der inhärenten Multifunktionalität der Landwirtschaft zur Folge. Die Erhaltung der Biodiversität und ihr Beitrag zum Klimaschutz wird in öffentlichen Debatten nur allzu oft übersehen, und im Rahmen der überarbeiteten Gemeinsamen Agrarpolitik, die die Europäische Kommission neuerdings zu befürworten scheint, wird diese überhaupt nicht erwähnt.<sup>21</sup> Auch dies kann am Beispiel der Forstpolitik sehr anschaulich illustriert werden: Eine Strategie, die die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Land- und Viehwirtschaft zum Ziel hat, ist wirkungsvoller und von größerer Bedeutung, als die Aufrechterhaltung der Illusion vom Nutzen für das Klima durch eine Strategie, die fossile Energieträger durch forstwirtschaftliche Produkte ersetzt. Holz würde als Energieoption nur zu einer Umwandlung der Wälder in Plantagen führen, eine Entwicklung, die ganz offensichtlich nicht nachhaltig wäre.

Eine ähnliche Problematik besteht im Bereich Biokraftstoff: Eine EU-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, den Anteil von Biotreibstoff am gesamten Energieverbrauch bis 2020 auf 10 % zu erhöhen. Dies kann jedoch nur durch den Import von 50 % des Bio-Ethanol und 41 % des Bio-Dieselöls in die EU erreicht werden, was zumeist auf Kosten der Kapazitäten zur Lebensmittelerzeugung in den Entwicklungsländern erfolgt und den Trend zum Landraub und zur Zerstörung von Primärwäldern und des Lebensraumes indigener Gemeinschaften weiter verstärkt.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Wissenschaftlicher Beirat der Europäischen Umweltagentur, 15. September 2011: Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates der EUA über Erfassung der Treibhausgase im Verhältnis zu Bioenergie.

<sup>21</sup> Aufgrund mangelnder Konsistenz und Integration in den Vorschlägen der EU ist es sehr schwierig, das genaue Gewicht der Empfehlungen zu ermitteln, die ausschließlich vom Landwirtschaftskommissar gemacht werden. Diese sollten jedoch als wichtiger Meilenstein bei der Annäherung an die Entwicklung einer sinnvollen EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung gesehen werden, die bisher noch nicht existiert.

<sup>22</sup> Vgl. Bettina Kretschmer, Sophie Bennett, *Analysing Bioenergy Implementation in EU Member States: Results from the Biomass Futures Expert Survey*, Institute for European Environmental Policy, London, 27. Juli 2011, [www.ieep.eu/assets/827/IEEP\\_Biomass\\_Futures\\_Expert\\_Survey.pdf](http://www.ieep.eu/assets/827/IEEP_Biomass_Futures_Expert_Survey.pdf)

## **2 Eine falsche Politik liefert die falschen Ergebnisse – Kritik an der EU-Politik**

### **2.1 Makroökonomische Politik: auf dem Weg zum Überwachungsstaat**

Im Herbst 2011 stürzte das Unvermögen der Staats- und Regierungschefs der EU, eine Lösung für die Griechenlandkrise zu finden, nicht nur die Eurozone ins Chaos. Auch die Weltwirtschaft stand kurz vor einem katastrophalen Zusammenbruch. Gleichzeitig formuliert die Kommission langfristige „Reformen“ für die Eurozone, die angesichts der aktuellen Notsituation nicht nur irrelevant sind. Schlimmer noch: Es besteht die Gefahr, dass diese Reformen die EU in eine hegemonische Institution verwandeln, in der wirtschaftlich schwächere Staaten jede politische Autonomie einbüßen und von den stärkeren Staaten und den EU-Institutionen, die unter ihrer Kontrolle stehen, dauerhaft entmündigt werden. Ein Aspekt der vorgeschlagenen Änderungen war ein direkter Angriff auf die Sozialmodelle und Arbeitsnormen in den sog. Peripherieländern.

Die zunehmende Nutzlosigkeit und Selbstrechtfertigung der Interventionen von EU und IWF in Griechenland sowie die daraus resultierende Gefahr für andere Länder und das Finanzsystem werden an anderer Stelle dieses EuroMemorandums behandelt. Im Hinblick auf die makroökonomische Politik muss bedacht werden, dass bisher nichts oder wenig unternommen wurde, die Hauptursache für die hinter der Krise liegenden Ungleichgewichte zu beseitigen. Das betrifft insbesondere den Exportdruck, den die starken Volkswirtschaften, allen voran Deutschland, ausüben. Die Kommission selbst prognostiziert, dass der Leistungsbilanzüberschuss, den Deutschland 2011 erwirtschaftet hat (4,7 % des BIP oder 123 Mrd. Euro) auch 2012 unverändert bleiben wird (4,6 % des BIP oder 124 Mrd. Euro), während die Reallohne in Deutschland trotz des vorhergesagten Wachstums von 1 % im Jahr 2012 unterhalb des Niveaus von 2000 bleiben werden. Unter diesen Umständen ist ein ausgewogener Aufschwung der schwächeren Volkswirtschaften unmöglich.

#### **Änderung des Stabilitätspakts**

Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der die Haushaltspolitiken aller EU-Mitglieder regeln soll und der für die Mitglieder der Eurozone verbindlich ist, basieren auf den irrigen Annahmen, dass die Marktkräfte für eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung sorgen, wenn nur die Defizite der Staatshaushalte beschränkt werden. Tatsächlich aber war das geringe Wachstum der letzten zehn Jahre (den Jahren der Lissabon-Strategie) von den wachsenden Ungleichgewichten abhängig: Unmittelbar vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 verzeichnete Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von 7,6 % des BIP; das Gegenstück zu diesem Überschuss waren Defizite von über 10 % in Ländern, wie Zypern, Griechenland, Portugal und Spanien, die durch eine verantwortungslose makroökonomische Politik in Deutschland und einen regelrechten Angriff auf schlecht bezahlte deutsche ArbeiterInnen entstanden wäre. Weit davon entfernt, für eine ausgewogene Entwicklung zu sorgen, haben die Marktkräfte einen unhaltbaren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Peripherie zugelassen (das Leistungsbilanzdefizit Irlands liegt zwar mit 5,6 % im einstelligen Bereich, war aber ebenfalls nicht haltbar – die Zahlen in Irland werden durch massive Gewinnabflüsse verzerrt, die teilweise real sind und teilweise die Transferpreise multinationaler Unternehmen widerspiegeln).

Bis 2008 wurden die wachsenden Ungleichgewichte durch große Kapitalzuflüsse in die betroffenen Länder finanziert. In Spanien und Irland sind diese Ströme in die Privatwirtschaft

geflossen, insbesondere in die Geschäftsbanken; in Portugal und vor allem in Griechenland, wo es bei der Erhebung von Steuern immer schon zu großen Schwierigkeiten gekommen ist, flossen die Ströme überwiegend in den öffentlichen Bereich. Dieses Finanzklima, das von der Politik der Deregulierung der Europäischen Kommission, der EZB und der meisten nationalen Regierungen verstärkt wurde, schaffte übermäßiges Vertrauen, verleitete zu Spekulationen und führte zu einem zunehmend instabileren Bankensystem. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass der Arbeitsmarkt in der Eurozone ohne diese Kapitalströme noch schlechter gestellt gewesen wäre.

Die Finanzkrise 2008, die einen rasanten Rückgang der Ausgaben der Privatwirtschaft ausgelöst hat, hat auf der ganzen Welt öffentliche Finanzspritzen in beträchtlicher Höhe erforderlich gemacht. Die Kommission musste einsehen, dass für eine bestimmte Zeit wesentlich umfangreichere Haushaltsdefizite erforderlich waren: Aber gegen Ende 2009 forderte sie bereits einen frühen „Ausstieg“ aus dieser stark unterstützenden Haushaltspolitik. Gleichzeitig schlug sie vor, die Regeln des Stabilitätspakts über die Aufnahme von Staatskrediten und -schulden strenger zu gestalten und neue Regeln hinsichtlich der Makroökonomie aufzunehmen.

Die offizielle Rechtfertigung für diese Änderung enthält die Begriffe „Koordinierung“ und „Überwachung“, es wird jedoch nichts für eine bessere Koordinierung unternommen. Tatsächliche Koordinierung würde zuallererst die genaue Beschreibung einer allgemeinen Makropolitik für die Eurozone erfordern und im Anschluss daran die Beschreibung der differenzierten nationalen Politiken die mit dem makroökonomischen Kurs vereinbar sind. In den vorgeschlagenen Änderungen findet sich jedoch nichts dergleichen. In Wahrheit ruht der Hauptfokus dieser Maßnahmen auf der Überwachung einzelner Mitgliedsstaaten und, obwohl dies nicht explizit erwähnt wird, betrifft diese Kontrolle nur die schwachen Mitgliedsstaaten, deren „mangelnder Disziplin“ die aktuelle Krise zugeschrieben wird. Das Gesamtpaket vernachlässigt somit das Hauptproblem der Koordinierung: die enormen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen.

Das Gesetzgebungspaket muss im Zusammenhang der umfangreichen Bemühungen gesehen werden, das Wirtschaftsregime – die „Economic Governance“ – in der EU zu stärken. Dieser Begriff hat jedoch nicht mehr dieselbe Bedeutung, wie bei seiner ersten Verwendung durch die Europäische Arbeiterbewegung oder durch Jacques Delors, die für die Durchsetzung sozialer Kontrollen über die europäische Wirtschaft argumentierten. Heute beschreibt er die verstärkten Bemühungen, die sozialen Kontrollen über den Arbeitsmarkt aufzuweichen, die Reduzierung von Ausgaben für den öffentlichen Dienst und Sozialleistungen sowie den Versuch, fehlgeleitete Mitgliedsstaaten in Bezug auf diese Ziele wieder „auf Kurs“ zu bringen. Andere Aspekte der unternommenen Anstrengungen für die neue „Economic Governance“ beinhalten:

- die *Europa 2020-Strategie* ist die Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, konzentriert sich auf „Strukturreformen“ und bringt dies in den „integrierten politischen Leitlinien“ zum Ausdruck;
- der *Euro-Plus-Pakt* wurde im März 2011 verabschiedet. Die Länder der Eurozone und sechs weitere Länder verpflichten sich dazu, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern sowie die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Finanzstabilität zu stärken;

- der Pakt wird in nationale Reformprogramme und Stabilitätsprogramme übersetzt, wobei die Kommission die Durchführung überwacht.

„Economic Governance“ in all ihren Formen betont Arbeitsmarktreformen, einschließlich der Überprüfung von Lohnvereinbarungen; Dezentralisierung von Tarifverhandlungen; Überprüfung von Indexierungsmechanismen; Anpassung der Löhne im öffentlichen Sektor an die Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit; Reform der Arbeitsverträge zur Förderung des Konzepts der „Flexicurity“. Weitere Schlüsselthemen sind: Erhöhung des Renteneintrittsalters; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie die Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds.

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes setzt sich aus sechs Rechtsakten zusammen (dem sog. Six Pack). Diese wurden vom Europäischen Parlament mit sehr wenigen Änderungen bereits gebilligt. Die ersten vier verschärfen die Anforderungen des bestehenden Stabilitätspaktes und deren Durchsetzbarkeit durch sog. „Defizitverfahren“. Die anderen beiden führen das „Ungleichgewichtsverfahren“ ein, welches vergleichbare rechtliche Beschränkungen in anderen Bereichen der Makropolitik einführt. Diese wurden offensichtlich von der Tatsache beeinflusst, dass die Krise in Irland und Spanien nichts mit Staatsdefiziten zu tun hatte, sondern mit Kapitalströmen, die in die Privatwirtschaft geflossen sind. Die Rechtsakte enthalten im Wesentlichen das Folgende:

Verschärfung des Stabilitätspaktes:

1. Die **neuen Definitionen** der Regeln des Stabilitätspaktes betonen die „übermäßige“ Höhe der Staatsschulden sowie die jährlichen Defizite; „diskretionäre“ Maßnahmen müssen ergriffen werden, um beides zu korrigieren, die Frist für die Korrekturen ist genau angegeben. Die einzigen zulässigen Ausnahmen sind sehr deregulierend – die Mitgliedsstaaten dürfen mit Defiziten arbeiten, um ein kapitalgedecktes Rentensystem einzuführen, aber nicht, um beispielsweise ein Sozialwohnungsprogramm zu finanzieren.<sup>23</sup>
2. Ein **Ausbau der Überwachung** soll durch die jährliche Unterbreitung der Stabilitätsprogramme erfolgen (einschließlich „Strukturreformen“), die mittelfristige Haushaltsziele enthalten müssen, um dem Rat die Überprüfung „umsichtiger“ Finanzpolitiken zu ermöglichen. Auch Länder innerhalb der vorgeschriebenen Referenzwerte dürfen ihre Staatsausgaben nicht schneller erhöhen als ihr BIP (jeder Schritt der Länder, sich den skandinavischen Sozialmodellen anzunähern, wird somit gesetzeswidrig).<sup>24</sup>
3. **Stärkere Strafen** umfassen zunächst verpflichtende Einlagen und anschließend Geldbußen für die Euroländer. Die Verhängung von Strafen erfolgt automatischer, da auf vielen Stufen des „Verfahrens zur Kontrolle übermäßiger Defizite“ eine qualifizierte Mehrheit im Rat erforderlich ist, um Strafen zu blockieren und nicht, um sie zu verhängen.<sup>25</sup>
4. Die Mitgliedsstaaten müssen einen **haushaltspolitischen Rahmen** schaffen. Dieser umfasst die Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Statistiken, Finanzbezie-

---

<sup>23</sup> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

<sup>24</sup> Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

<sup>25</sup> Verordnung über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euroraum.



hungen mit den regionalen und kommunalen Behörden, Prognosepraktiken (obwohl die Prognosen der Kommission selbst wenig beeindruckend sind), Haushaltsverfahren und „Haushaltsregeln“. Es wird dringend empfohlen, dass die „Haushaltsregeln“ konkrete Grenzwerte nennen sollten, trotz der wiederholten Schwierigkeiten, die solche Regeln hervorrufen, erst kürzlich im Falle der öffentlichen Finanzen in den USA (und zweifellos auch in Deutschland in der nahen Zukunft).<sup>26</sup>

Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht:

5. Ein **Scoreboard**, das „aus einem begrenzten Satz ökonomischer und finanzieller Indikatoren“ besteht, soll geschaffen werden. Hierfür werden „Schwellen als Richtwerte“ festgelegt. Werden diese über- oder unterschritten, können Ermittlungsverfahren in Gang gesetzt werden, es findet jedoch keine automatische Warnung statt. „Mit einer ökonomischen Beurteilung sollte dafür gesorgt werden, dass sämtliche Informationen, unabhängig davon, ob sie aus dem Scoreboard stammen oder nicht, im Zusammenhang gesehen und Teil einer umfassenden Analyse werden“, dadurch sollen die Mitgliedstaaten ermittelt werden, die einer „eingehenden“ Überprüfung zu unterziehen sind. Dies kann im Rahmen der „verschärften Überwachung“ entsprechende Inspektionen und zusätzliche Meldepflichten des betreffenden Mitgliedstaats beinhalten.<sup>27</sup>
6. **Strafen** werden nicht unmittelbar verhängt. Wurden übermäßige Ungleichgewicht definitiv festgestellt, werden dem betreffenden Mitgliedsstaat „Empfehlungen“ ausgesprochen. Seine Antwort sollte zeitnah erfolgen, er sollte alle verfügbaren „Instrumente der Politik“ einsetzen, einschließlich der Steuer- und Lohnpolitik sowie die Regulierung der Arbeitsmärkte, der Güter- und Dienstleistungsmärkte und des Finanzsektors. Fällt die Reaktion jedoch ungenügend aus, werden Sanktionen – verpflichtende Einlagen und Geldbußen – verhängt. Um die Gleichheit der Strafen sicherzustellen, werden diese anhand des BIP des schuldigen Staats prozentual berechnet.<sup>28</sup>

Natürlich haftet diesem Versuch, einen rechtlichen Rahmen für die Makroökonomie zu schaffen, etwas Absurdes an, wie jeder, der mit dieser Disziplin auch nur entfernt vertraut ist, einsehen wird. Deswegen ist das Projekt auch so bedrohlich: es droht wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten – und nur diesen – im Hinblick auf jeden Aspekt der öffentlichen Politik mit der vollständigen Entmündigung. Es ist offensichtlich, dass die verwendeten Hauptindikatoren auf die Wettbewerbsfähigkeit abzielen werden, was nur für die wettbewerbschwachen und nicht für die wettbewerbsstarken Volkswirtschaften problematisch werden wird. Die Kritik innerhalb des Europäischen Parlamentes und einiger Regierungen der EU hat zur Streichung einer ausdrücklichen Bezugnahme auf Löhne im Gesetz geführt. Dennoch bleiben die Lohnniveaus und Sozialmodelle der schwächeren Staaten die Zielscheibe dieses Projektes.

Viele Arten von „Ungleichgewichten“ liegen außerhalb der Reichweite der neuen Verfahren. Dazu gehören: das Vorhandensein riesiger privater Sparvermögen bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit des öffentlichen Sektors durch hohe Verschuldung; zu geringes Lohnwachs-

---

<sup>26</sup> Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedsstaaten.

<sup>27</sup> Verordnung über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.

<sup>28</sup> Verordnung über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum.

tum in der EU, um mit der Produktivitätssteigerung aus nunmehr drei Jahrzehnten Schritt zu halten; die Vergütung von Führungskräften im Finanz- und Unternehmensbereich, die in keinem Verhältnis zu den normalen Einkünften stehen.

Das Paket ist in einem Bündel von verstärkten Verwaltungsverfahren enthalten, auch bekannt als das „Europäische Semester“, welches jedes Jahr in der ersten Jahreshälfte auf europäischer Ebene abgehalten wird und zur Definition politischer Vorgaben führt: die eine betrifft die makroökonomische Politik („Stabilitätsprogramme“) und die andere (die „nationalen Reformprogramme“) befasst sich mit „Strukturreformen“, im herkömmlichen Sinne der Kommission, d. h. Verringerung des Schutzes der ArbeitnehmerInnen, Privatisierung und Deregulierung der Unternehmen. Die erste Runde 2011 gibt einen Vorgeschmack darauf, was von diesen Verfahren zu erwarten ist: weder die Empfehlungen der Kommission für Deutschland, noch Deutschlands eigene Programme sahen in dem riesigen Handelsbilanzüberschuss des Landes irgendwelche Probleme. Der Gesamtprozess konzentriert sich auf die weitere Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarkt*reformen* sowie angebotsorientierte Maßnahmen, angeblich um das Wachstum durch „umfangreiche Preis- und Kostenanpassungen“ in den schwächeren Volkswirtschaften anzuregen – mit andere Worten: durch Deflation.

Die Folgen dieser Haltung entsprechen den Erwartungen eines jeden, der der Vorstellung einer wachstumsfördernden Deflation skeptisch gegenüber steht. Bis September war die Kommission gezwungen, ihre ohnehin schwachen Wachstumsprognosen für 2011 und 2012 nach unten zu korrigieren. Sie erklärte, dass die Korrekturen nach unten alle überprüften Mitgliedsstaaten betreffen und sowohl einen gemeinsamen Faktor, als auch eine „Wieder-Angleichung“ der Wachstumsdynamiken vermuten ließen.

Ein „gemeinsamer Faktor“ ist der ständige von Kommission und führenden PolitikerInnen der meisten Mitgliedsstaaten ausgeübte Druck, eine restriktive Politik zu betreiben. Ein weiterer ist die sich verschärfende Krise, ausgelöst durch die gescheiterten Versuche, die Griechenlandkrise in den Griff zu bekommen. Die Wiederentdeckung der „Wieder-Angleichung der Dynamiken“ weist auf echte Koordinierungsprobleme hin, die von denselben europäischen Führungskräften vernachlässigt wurden, die eine fast koloniale Unterordnung der schwächsten Mitgliedsstaaten vorgezogen haben.

## **2.2 Die Finanzlobby vereitelt die Reform des Finanzsektors**

Die Vertiefung der Krise in der Eurozone hat zu einer Krise der europäischen Banken geführt und ist zu einer Herausforderung für die gesamte europäische Finanzarchitektur geworden. Da die privaten Finanzunternehmen von den massiven Spekulationen profitieren wollten, mussten die PolitikerInnen hart kämpfen, um die unmittelbaren Auswirkungen der Schulden- und Bankenkrise in den Griff zu bekommen. Dabei haben sie vollständig versagt, die umfangreichen Strukturreformen durchzuführen, die für eine Kontrolle des Finanzsystems erforderlich sind. Infolge massiver Lobbyarbeit durch den Finanzsektor wurden Reformen blockiert, verwässert oder, wie im Falle von Änderungen der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, verschoben. Auch wenn die Notwendigkeit für kurzfristige Maßnahmen bestand, waren die EU-Länder nicht in der Lage, sich zu einigen, wie im August 2011, als einige Regierungen sich geweigert haben, sich an dem Verbot von Leerverkäufen zu beteiligen.

Im Verlauf von 2010 wurden in Bezug auf den Derivate-Markt und die Großbanken Versuche unternommen, das Finanzsystem der EU zu reformieren. In beiden Fällen fielen die Vorschläge der EU noch schwächer aus als die in den USA durchgeführten Maßnahmen.

## **Derivate-Markt**

Im Juli 2011 stimmte das Europäische Parlament über einen Gesetzesentwurf über die Regulierung der europäischen Marktinfrastruktur (EMIR) ab. EMIR soll sich mit einigen der Probleme mit dem Derivate-Markt befassen, insbesondere mit den OTC-Derivaten (*over-the-counter*). Die Regelung schafft es jedoch nicht, diesem „Finanzcasino“ ein Ende zu setzen. EMIR versucht, ein großes Problem in den Griff zu bekommen, das vor und während der Finanzkrise 2007-2008 aufgekommen ist, nämlich die Tatsache, dass niemand weiß, wer mit wem welche Art risikobehafteter Finanzprodukte handelt. Diese fehlende Transparenz kam vor allem bei OTC-Derivaten zum Tragen, die in privaten Geschäften und nicht an den öffentlichen Börsen gehandelt werden. Die wichtigsten Punkte von EMIR sind, dass die meisten OTC-Derivate den Behörden gemeldet werden müssen, um mehr Transparenz zu schaffen, und dass Finanzspekulationen in zunehmendem Maße gegen Ausfallrisiken abgesichert werden müssen. Die Finanzlobby rief eine sehr erfolgreiche Kampagne ins Leben, um diesen Gesetzentwurf zu verwässern, da das Geschäft mit OTC-Derivaten für große (Investment-)Banken und institutionelle Anleger eine wichtige Ertragsquelle und mit hohen Bonuszahlungen verknüpft ist.

Der Wortlaut von EMIR enthält große Schlupflöcher. Beispielsweise können Pensionsfonds vom Clearing (also dem Offenlegen) ihres Handels mit OTC-Sicherungsderivaten für einen Zeitraum von drei Jahren ausgenommen werden. Entsprechend haben „nichtfinanzielle Gegenparteien“ (also Unternehmen anderer Branchen) keine Clearingpflicht, was ihre Sicherungsgeschäfte betrifft, die mit ihrem wirtschaftlichen Handeln in Zusammenhang stehen. Darüber hinaus wird keine Obergrenze für die Gesamtmenge der handelbaren OTC-Derivate bestimmt. Es besteht jedoch die dringende Notwendigkeit, den Umfang der OTC-Transaktionen stark zu reduzieren, da die meisten rein spekulativ sind. Dies ist besonders augenfällig bei den Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, kurz: CDS), die in der Eurokrise eine Schlüsselrolle spielen, da die Käufer sehr oft nicht im Besitz der gesicherten Staatsanleihen sind. Aufgrund des Drucks der Finanzlobby enthalten die neuen Regelungen jedoch keine derartigen Grenzen.

## **Bankenreformen**

Das Ausbleiben umfangreicher Bankenreformen in der EU hat dazu geführt, dass die Banken für die Erschütterungen der Staatsschuldenkrise, der Eurokrise und der Aktienmarktvolatilität anfällig sind. Im Juli 2011 legte die Kommission ihren Vorschlag für eine umfangreiche Bankenreform vor. Diese Bankenreform, bekannt als 4. Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV), sollte die Kapitalpolster der Banken sowie die Bankenführung und -aufsicht verbessern. Die Debatten im Europäischen Parlament über die CRD IV haben im September 2011 begonnen und die Plenarabstimmung wird voraussichtlich im Juni oder Juli 2012 stattfinden. Die CRD IV besteht aus zwei verschiedenen EU-Gesetzen. Das erste Gesetz behandelt die Regulierung strengerer Kapitalreserven und setzt die Standards von Basel III in EU-Recht um. Der zweite Rechtsakt ist eine Richtlinie zur Verbesserung der Aufsicht und Führung von Banken und Investmentunternehmen, insbesondere im Hinblick auf die Risikobewertung.

Im Bankensektor wurde wiederum viel Lobbyarbeit geleistet, um den Gesetzesumfang zu reduzieren, mit dem Argument, dass es durch die zusätzlichen Kapitalanforderungen zu einer Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit kommen würde, was zu einer Senkung der Kredite führen würde, insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen. Aufsichts- und Regulierungsbehörden sowie WissenschaftlerInnen, einschließlich der Kommission, haben mithilfe

verschiedener Folgenabschätzungen gezeigt, dass diese Behauptungen unbegründet und dass diese Probleme durch eine Umstellung der Geschäftsmodelle der Banken vermeidbar sind. Es bestehen berechtigte Zweifel, ob dieses neue EU-Gesetz – das frühestens 2019 voll in Kraft treten soll! – die richtigen Maßnahmen enthält, um mit den problematischen Verhaltensweisen und der Krisenanfälligkeit der europäischen Banken umzugehen. Die Reformvorschläge der Kommission für die Banken können als völlig unzureichend eingestuft werden, nicht nur, weil sich der Einsatz von Kapitalpolstern als Hauptinstrument zur Bankenregulierung schwierig gestaltet oder weil die Einführung einer Höchstverschuldungsquote (*Leverage Ratio*) und von Liquiditätsanforderungen verzögert wird, sondern auch, weil die Vorschläge der Kommission große Schwachstellen aufweisen. Die Vorschläge

- enthalten keine Trennung von Einzelkunden-/Firmenkundengeschäft der Banken und Investmentbanking, auch keine Einschränkung ihrer Verbindungen zu den Finanzmärkten, da die Banken nach wie vor mit Derivaten handeln können;
- führen keine großmögliche Beschränkung der Gesamtsumme der bilanz- und außerbilanzmäßigen Geschäfte der Banken ein; die Banken und Finanzkonglomerate können somit immer noch zu groß sein, um unterzugehen (*too big to fail*);
- enthalten kein Spekulationsverbot für die Banken in Bezug auf ihr Eigenkapital (dieser „Eigenhandel“ wurde durch die „Volcker-Regel“ des US-amerikanischen Dodd-Frank-Gesetzes vom Juli 2010 verboten);
- fordern keine Reform der von den Banken verwendeten Modelle zur Risikobewertung, die häufig auf fehlerhaften Annahmen beruhen (griechische Anleihen haben ein Ausfallrisiko von 0 %!).

### **Die Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer: ein Durchbruch aber noch kein Sieg**

Die Europäische Kommission hat im September 2011 einen Richtlinienentwurf über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) vorgelegt. Dies ist ein bedeutender Durchbruch für einen Vorschlag, für den sich bereits seit vielen Jahren Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Attac einsetzen, und der kürzlich auch die Unterstützung der deutschen und französischen Regierung gefunden hat. Der Richtlinienentwurf der Kommission hat viele der Elemente aufgegriffen, um die sich die AktivistInnen bemüht haben, einschließlich der Besteuerung von OTC-Derivaten, das Wohnsitzprinzip zur Vermeidung von Steuerumgehung und vor allem, die Absicht, nicht nur öffentliche Einnahmen zu erzielen, sondern einen Regulierungsrahmen für Spekulationen zu schaffen, insbesondere im Hochfrequenzhandel. Trotz allem enthält der Vorschlag auch signifikante Einschränkungen. Zwei große Kritikpunkte stehen hervor: Erstens zielt die Finanztransaktionssteuer nicht primär auf die Spekulationsbekämpfung und die Reduzierung des Volumens von Finanztransaktionen ab. Dies wird aus der Besteuerungsgrundlage ersichtlich, da die Kommission vorschlägt, den Devisenhandel auszuklammern. Auch die Steuersätze für Derivate sind viel zu niedrig. Die zweite Einschränkung besteht darin, dass die Richtlinie sich nur sehr vage über die geplante Verwendung der Steuereinnahmen äußert. Ein wesentlicher Punkt der Kampagne der Zivilgesellschaft war, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen für die Bereiche Entwicklung und Umwelt genutzt werden sollte. Hiervon wird im Vorschlag der Kommission jedoch nichts erwähnt. Und schließlich kann sich die deutliche Zurückhaltung von Großbritannien, Schweden und den Niederlanden, die Finanztransaktionssteuer einzuführen, als ernsthaftes Hindernis bei der Umsetzung herausstellen.

### 2.3 Die Sparpolitik ist das falsche Mittel gegen die Gebrechen der EU

Von den Regierungen der EU wird Sparpolitik als Allheilmittel angesehen. In immer mehr europäischen Städten gehen tausende Menschen auf die Straßen und protestieren gegen die Sparprogramme, weil diese ihren Lebensstandard drastisch senken und ihnen keine Hoffnung für die Zukunft lassen. Der UNCTAD Trade and Development Report 2011 (*Handels- und Entwicklungsbericht 2011*) sieht die Verschärfung der Steuerpolitik und die Politikempfehlungen des IWF ebenfalls sehr kritisch und weist darauf hin, dass finanzpolitischer Spielraum keine starre Variable ist. Darüber hinaus wird der Versuch der europäischen Länder, in der Krise die hohe Verschuldung des privaten Sektors zurückzuführen, die Nachfrage weiter bremsen, wenn sie nicht durch einer Erhöhung der Staatsausgaben ausgeglichen wird.

Im UNCTAD-Bericht heißt es wörtlich: „Aus makroökonomischer Sicht kann eine angemessene expansive Finanzpolitik die Nachfrage ankurbeln, wenn die Nachfrage der privaten Haushalte durch Unsicherheit über Einkommensperspektiven in der Zukunft gelähmt ist, und wenn Verbraucher und Investoren nicht bereit oder nicht in der Lage sind, Verbindlichkeiten einzugehen. In einer solchen Situation wird eine restriktive Fiskalpolitik, die auf die Konsolidierung der Haushalte und die Senkung der Staatsschulden gerichtet ist, wahrscheinlich nicht zum Ziel führen, da eine nationale Volkswirtschaft anders funktioniert als ein einzelnes Unternehmen oder ein Haushalt.“<sup>29</sup> Dieses Phänomen kennt man auch unter der Bezeichnung „Fallacy of Composition“ (*Trugschluss der Verallgemeinerung*), d. h. die Annahme, dass eine Beziehung, die für ein Individuum gültig ist, auch für eine ganze Gruppe von Individuen oder die Allgemeinheit gelten müsse.

Um es grundsätzlicher auszudrücken: Die gegenwärtige Krise hat die Widersprüche der Produktionsstrukturen in der Europäischen Union und der Eurozone offengelegt. Die EU zeichnet sich durch ihre Unterteilung in einen exportorientierten, neomerkantilistische Kern, die Ländergruppe um Deutschland herum (einschließlich BeNeLux, Österreich, die Tschechische und die Slowakische Republik, Slowenien, Norditalien und, zum Teil, Polen und Ungarn) und eine importabhängige Peripherie aus, in der der EU-Beitritt zu einer teilweisen Deindustrialisierung geführt hat (Griechenland, Spanien, Portugal). Außerdem hat die Transformationspolitik, die nach dem EU-Beitritt nicht aufgegeben wurde, in einigen osteuropäischen Ländern (insbesondere im Baltikum, Bulgarien und auch in Ostdeutschland) zu einer starken Deindustrialisierung geführt.

Die Regionalpolitiken der EU haben ihr Hauptaugenmerk auf den Ausbau der physischen Infrastruktur und allgemeine Ausbildungsmaßnahmen gerichtet, dem Hauptproblem der industriellen Strukturen wurde kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Die Länder des neomerkantilistischen Kerns rund um Deutschland hatten an der Förderung solcher Strategien nur geringes Interesse, während die EU-Politik dazu neigt, die bestehende Arbeitsteilung innerhalb Europas zu festigen. Diese Arbeitsteilung hat zu einer Kluft zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern geführt, wobei die importabhängigen Länder ihr momentanes Leistungsbilanzdefizit durch eine wachsende Auslandsverschuldung finanzieren, während die Banken in den neomerkantilistischen Ländern die Exporte in die europäische Peripherie durch die Bereitstellung von Krediten ermöglichen. Diese Arbeitsteilung kann nicht länger aufrechterhalten werden. Die Sparpolitik versäumt es nicht nur, diese grundlegenden Probleme der europäischen Integration aufzugreifen, sie verstärkt sie sogar zusätzlich.

---

<sup>29</sup> UNCTAD, *Trade and Development Report, 2011*, S. VI-VII

Der selbst auferlegte Sparkurs scheitert nicht nur an den wirtschaftlichen Zielen. Er hat zudem höchst negative soziale Folgen. Abschnitt 1.2 untersucht den starken Produktionsrückgang in den EU-Ländern, die die Programme von EU und IWF umsetzen. In diesem Abschnitt beschäftigen wir uns mit den umfassenden sozialen Auswirkungen der Sparpolitik in der EU.

Die Wirtschaftskrise fordert einen hohen Tribut von der Gesellschaft, in Form von Beschäftigungsrückgang, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen sowie zunehmender Ungleichheit und Armut. Im zweiten Quartal 2011 sank die Beschäftigungsquote in der EU für die 20-64 Jährigen von 70,5 % auf 68,9 % seit dem Beginn der Krise im zweiten Quartal 2008 und weicht vom im Rahmen der Strategie *Europa 2020* aufgestellten Ziel von 75 % nun noch weiter ab. Die Beschäftigungsquote entspricht 75,3 % bei den Männern und 62,6 % bei den Frauen. Teilzeitbeschäftigung nahm um 1,3 Prozentpunkte zu und liegt bei 19,6 % (9,1 % bei den Männern und 32,1 % bei den Frauen), während der Anteil der befristeten Beschäftigung auf 14,2 % gestiegen ist (13,7 % bei den Männern und 14,8 % bei den Frauen), was darauf schließen lässt, dass Beschäftigung immer prekärer wird.

Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit zu Beginn der Krise stark zu und ist, nach einem leichten Rückgang, im Jahr 2011 erneut gestiegen. Bis September 2011 lag die Arbeitslosigkeit in der Eurozone im Schnitt bei 10,2 % der Erwerbsbevölkerung (9,9 % bei den Männern und 10,6 % bei den Frauen) und bei 9,7 % in der gesamten EU (9,5 % bei den Männern und 9,9 % bei den Frauen). Besonders betroffen sind junge Menschen, MigrantInnen, gering qualifizierte Arbeitskräfte und Frauen. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jährige) erreichte 21 %, während junge Menschen besonders von (teils unfreiwilliger) Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung betroffen sind. Außerdem sind 20 % der Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund ohne Arbeit, ebenso wie 15 % der gering qualifizierten Arbeitskräfte, die Arbeit suchen. Des Weiteren beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate) 43 % am Gesamtwert.<sup>30</sup>

Auch zwischen den Ländern gibt es starke Unterschiede: die höchsten Arbeitslosenquoten werden in Spanien (23 %) und Griechenland (18 %) verzeichnet, die niedrigsten in Österreich (3,9 %) und den Niederlanden (4,5 %). Unter diesen Bedingungen erscheint das Ziel der EU, den Arbeitslosen Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu bieten (siehe die in Abschnitt 1.2 beschriebene Sparpolitik), gelinde gesagt ironisch. Im Jahr 2010 beispielsweise, gab es in der EU siebenmal mehr Arbeitslose als offene Stellen. In Griechenland waren es 16 Mal mehr, in Spanien 21, in Portugal 27, in Irland 39 und in Lettland 76 Mal mehr.

Die hohen und steigenden Arbeitslosenzahlen in der EU sorgen für soziale Not, da die Zahl der Arbeitslosenhaushalte und der Haushalte mit wenigen Menschen in Beschäftigung („Haushalte mit niedriger Erwerbsintensität“) zunimmt. Im Jahr 2010 lebte weniger als die Hälfte der 25-64 Jährigen in Haushalten, in denen entweder alle oder die meisten Mitglieder eine Beschäftigung hatten (35 % bzw. 13 %). Unter diesen Bedingungen, sorgt die Arbeitslosigkeit für eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen den und innerhalb der Länder.

Im Jahr 2009 verzeichneten neun EU-Länder (Bulgarien, Rumänien, Lettland, Polen, Estland, Ungarn, Litauen, Slowakische und Tschechische Republik), die ein Fünftel der EU-Bevölkerung ausmachen, ein reales pro-Kopf-Haushaltseinkommen von 45 % des EU-Durchschnitts. Darüber hinaus, stellen die fünfzehn EU-Länder, die Ansprüche auf Zahlungen aus dem Kohäsionsfonds haben (die neun eben genannten sowie Slowenien, Portugal, Mal-

---

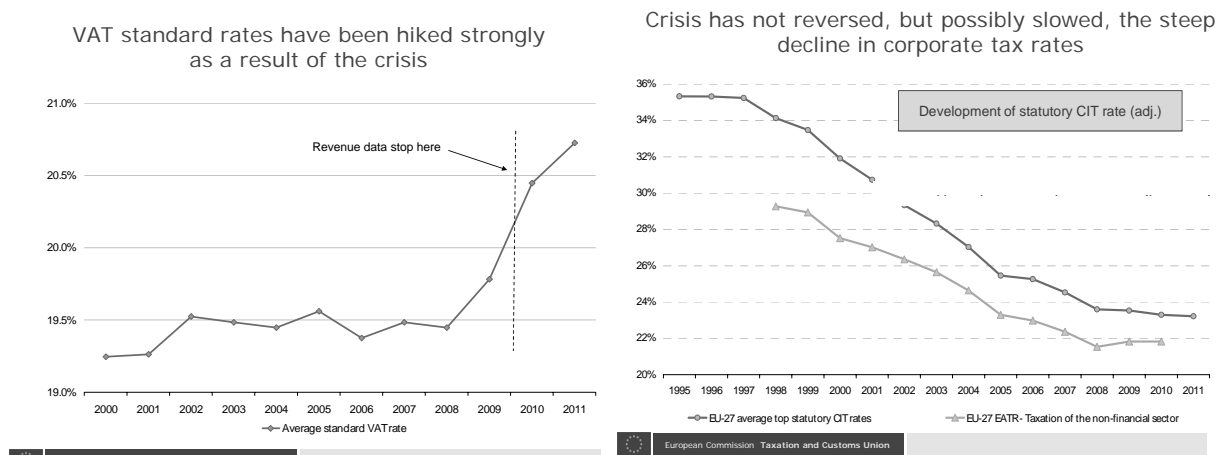
<sup>30</sup> Eurostat 160/2011 und Eurostat-Datenbank, Abruf am 5.11.11. Die Arbeitslosenzahlen sind saisonbereinigt.

ta, Griechenland, Zypern und Spanien), die ein Drittel der EU-Bevölkerung ausmachen und hatten ein reales pro-Kopf-Haushaltseinkommen von 72 % des EU-Durchschnitts.

Im Jahr 2008 war das gesamte zur Verfügung stehende Einkommen von 20 % der Bevölkerung, die das höchste Einkommen in ihrem Wohnsitzstaat erzielten, fünfmal höher als das Einkommen der 20 % mit dem niedrigsten Einkommen. In einigen Ländern war das Verhältnis der oberen 20 % der Spitzenverdiener zu den niedrigsten 20 % der Einkommen noch ausgeprägter, darunter in Griechenland (5,8), Bulgarien (5,9), Spanien und Portugal (6,0), Litauen (6,3), Rumänien (6,7) und Lettland (7,3).<sup>31</sup>

Im Gegensatz dazu gibt es in Europa 3,1 Millionen Menschen, die als „sehr vermögende Privatpersonen“ (High net worth individuals, kurz: HNWI) gelten, d. h. Personen mit einem Nettovermögen von mehr als 1 Mio. US-Dollar. Diese stellen 0,6 % der EU-Bevölkerung dar, die zur Zeit 502,5 Millionen Menschen umfasst. Im Jahr 2010 betrug deren Gesamtvermögen 10,2 Billionen US-Dollar, was 24 % des weltweiten Vermögens der HNWIs entspricht. Im Verhältnis zu 2009 ist dieses um 7,2 % gestiegen.<sup>32</sup>

Die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen liegen jedoch außerhalb der Austeritätspolitik, die diese Unterschiede tatsächlich weiter verstärkt. Es wird argumentiert, dass indirekte Abgaben anstelle von direkten Steuern erhoben werden sollten, um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig heißt es jedoch, dass die Unternehmensbesteuerung gesenkt werden sollte, um ein unternehmensfreundliches Umfeld zu schaffen. Dies ist eindeutig regressiv und es gibt die Tendenz, die Steuerlast innerhalb der Europäischen Union auf die Geringverdienenden zu verlagern.



Quelle: M. Fantini, M., 2011, 2011 Edition of the Taxation Trends Report, EC, DG TAXUD

Die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU vorgegebenen und von den Programmen der EU und des IWF geforderten Sparpolitiken sind wirtschaftlich kontraproduktiv, wenn es um die Förderung des Wachstums geht. In sozialer Hinsicht sind sie gefährlich, da sie die europäische Gesellschaft in die Armut treiben und zu einer stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung führen. Aufgrund der durch die Krise noch verschärften sozialen Spannungen, bereiten die Sparmaßnahmen den Nährboden für politische Spannungen, wenn nicht sogar für politische Instabilität, zumal der Rechtspopulismus zunimmt.

<sup>31</sup> Eurostat 16/2011.

<sup>32</sup> 2011 World Wealth Report, <http://www.capgemini.com/insights-and-resources/by-publication/world-wealth-report-2011/?d=BCD137B0-8001-3261-87C2-98873EFF1DF0>

## 2.4 Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik ohne politische Vision

Im Jahr 2011 wurden die Pfeiler der EU-Mittelmeerpolitik in Frage gestellt. Die Wirtschaftskrise verstärkte die bereits bestehenden Strukturprobleme in den Staaten Nordafrikas. Die beiden Pfeiler der EU-Mittelmeerpolitik, Tunesien und Ägypten, waren die beiden ersten Länder, in denen sich politische Umwälzungsprozesse vollzogen haben. Diese Prozesse richteten sich nicht nur gegen die autoritären Regime, sondern auch gegen die vorherrschende Wirtschaftspolitik, die zu hoher Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Polarisierung geführt hatte. Sie stellen in mindestens zweierlei Hinsicht eine Herausforderung für die EU-Mittelmeerpolitik dar: für die bisherige Zusammenarbeit zwischen der EU und den autoritären Regimen und für das Wirtschaftsmodell, das von der EU bislang gefördert wurde. Trotz des offiziellen Demokratisierungsdiskurses innerhalb der Europäischen Union waren die EU-Verantwortlichen über die Demokratisierungsbewegung in der arabischen Welt und über die Entmachtung von Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten, den beiden Hauptverbündeten der EU in der Region, sichtbar beunruhigt. Sowohl die EU als auch die Regierungen der Mitgliedsstaaten reagierten nur langsam auf diese Ereignisse. Obwohl die Initiativen zur Förderung der Demokratisierung letztendlich begrüßt wurden, hat sich das Wirtschaftskonzept der EU für diese Region nicht geändert und beruht nach wie vor auf neoliberalen Grundsätzen, insbesondere auf dem Dogma des Freihandels. Im schwelenden Bürgerkrieg in Libyen intervenierten die EU-Länder, vor allem Frankreich und Großbritannien, militärisch und handelten dabei eindeutig außerhalb der Grenzen der entsprechenden Resolution des UN-Sicherheitsrates. Es bleibt jedoch zweifelhaft, ob eine militärische Intervention zur nachhaltigen Demokratisierung in der Region beitragen wird.

Die EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik hat sich in Widersprüche und Unklarheiten verstrickt. Die EU-Erweiterungspolitik ist hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau der westeuropäischen Wirtschaft vorzubereiten und die Beitrittskandidaten zur Einhaltung der EU-Normen zu bewegen. Unter den Beitrittskandidaten unterhält die Türkei die längste vertragliche Beziehung mit der EU, gleichzeitig ist sie der am stärksten umstrittene Beitrittskandidat. Die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei werden fortgeführt, aber sie sind eher symbolischer Art. Beide Seiten verhalten sich stillschweigend so, als ob diese Verhandlungen ins Nichts führen würden.

In einem Großteil des ehemaligen Jugoslawiens, in dem die EU darauf hofft, dass die Aussicht auf eine EU-Integration zu mehr politischer Stabilität beitragen wird, zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab, wie in der Türkei. Während Slowenien der EU 2004 beigetreten ist und die Verhandlungen mit Kroatien 2011 abgeschlossen wurden, sind die Aussichten auf einen EU-Beitritt für die übrigen Länder der Region gefährdet. In vielen EU-Mitgliedsstaaten herrscht ein deutliches Zögern hinsichtlich einer weiteren EU-Erweiterung und die verbleibenden Kandidatenländer stehen einer Vielzahl von Hindernissen gegenüber, die zum Teil eine Folge widersprüchlicher EU-Politiken sind. Auch wenn die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) im April 2001 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet hat, noch bevor Kroatien im Jahr 2005 der offizielle Status als Beitrittskandidat der Europäischen Union verliehen wurde, haben die Verhandlungen über eine Mitgliedschaft noch nicht begonnen, da Griechenland den Namen Mazedonien für sich beansprucht. Die Frage über eine EU-Mitgliedschaft Serbiens wird durch die Frage über den Status des Kosovo stark belastet. In den 90er Jahren erklärte die EU, dass sie nur die Unabhängigkeit der Republiken des ehemaligen Jugoslawiens anerkennen würde, aber mehrere EU-Mitgliedsstaaten unterstützten die Abspaltung des Kosovo von Serbien, obwohl der Kosovo nicht den Status einer Republik hatte. Insgesamt haben 22 Mitgliedsstaaten der EU die einseitige Unabhän-



gigkeitserklärung des Kosovo anerkannt, während nur fünf EU-Länder wie auch die meisten UN-Mitglieder diese Anerkennung verweigern. Trotz der unterschiedlichen Meinungen innerhalb der EU drängt die Europäische Kommission Serbien, die Anerkennung des Kosovo in die Wege zu leiten. Im Oktober 2011 verkündete die Europäische Kommission, dass sie Serbien und Montenegro den Kandidatenstatus verleiht, dass sie im Falle von Serbien die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen jedoch von einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo abhängig machen würde. Im Gegensatz dazu wurde die de-facto-Teilung von Zypern vor dem EU-Beitritt des Landes keiner Lösung zugeführt, und der Konflikt um Nordzypern ist einer der Streitpunkte in den EU-Verhandlungen mit der Türkei.

Die 2008 gegründete Initiative für eine Östliche Partnerschaft, die insbesondere von Polen unterstützt wird, hat die Öffnung der Länder der ehemaligen Sowjetunion für das westeuropäische Kapital zum Ziel und möchte diese überzeugen, die EU-Normen in wirtschaftspolitischen Schlüsselbereichen zu übernehmen. Für diejenigen Länder der EU, die mit Russland sehr unterkühlte (oder sogar angespannte) politische Beziehungen unterhalten, soll die Östliche Partnerschaft den Einfluss Russlands in der Region reduzieren. Auch die Strategien der Östlichen Partnerschaft sind voller Widersprüche und Konflikte. Die Ukraine und Weißrussland gehören zu den Schlüsselstaaten der Initiative. Die politische Beziehung, die die EU mit den Regierungen dieser beiden Länder unterhält, ist sehr angespannt. Die EU möchte diese zwei Länder – ebenso wie die übrigen osteuropäischen Nachbarstaaten – enger an die EU binden. Für Polen und die baltischen Staaten besteht das strategische Ziel jedoch darin, die Abhängigkeit der beiden Länder von Russland zu reduzieren. Aufgrund ihres autoritären Kurses herrscht jedoch starke Zurückhaltung gegenüber den Regierungen in Weißrussland und der Ukraine, besonders im Fall von Weißrussland. Die Regierungen von Weißrussland und der Ukraine verfolgen eine „multivektorale“ Außenpolitik zwischen der EU und Russland. Sie versuchen den Wettstreit zwischen Russland und der EU zu ihrem Vorteil zu nutzen. Die Schwerindustrie in der Ukraine, die der gegenwärtigen Regierung den Rücken stärkt, hat ein wirtschaftliches Interesse an der EU und hätte gerne besseren Zugang zu den europäischen Märkten. Diese Konstellation hat zu Höhen und Tiefen in den Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland bzw. der EU und der Ukraine geführt. Seit der Repression nach den jüngsten Wahlen in Weißrussland ist das Verhältnis sehr angespannt. Nach der Verurteilung der ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko im Oktober 2011 zu sieben Jahren Gefängnis, was von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton als Akt „politisch motivierter Verfolgung“ bezeichnet wurde, kann bezweifelt werden, ob das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, dessen Herzstück aus einem Freihandelsabkommen besteht, unterzeichnet werden wird. Aus geopolitischen Gründen scheinen jedoch einige Regierungen Osteuropas geneigt, das Abkommen abzuschließen.

Innerhalb der EU sind die Haltungen gegenüber der Initiative für eine Östliche Partnerschaft jedoch in hohem Maße von den Haltungen gegenüber Russland abhängig. Die Meinungen zu dieser Frage gehen weiter auseinander, von dem Wunsch nach einer strategischen Partnerschaft in deutschen Regierungskreisen bis hin zu grundsätzlichen Vorbehalten im Baltikum.

### **Kasten 1: EU-Zuwanderungspolitik und Wirtschaftskrise**

Vor dem Beitritt der osteuropäischen Länder und vor der Vertiefung der Finanzkrise im Jahr 2008 war die Zuwanderungspolitik auf EU-Ebene im Wesentlichen von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen im Rahmen des Binnenmarktprojekts bestimmt, welche ihren Höhepunkt im Recht auf Freizügigkeit für EU-BürgerInnen und dem Schengener Abkommen gefunden haben, das die Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschafft hat. Fragen über Drittstaatsangehörige wurden jedoch grundsätzlich auf Länderebene entschieden und unterlagen dem nationalen Recht der EU-Mitglieder. ArbeitsmigrantInnen hatten keinen rechtlichen Status. Die Nachfrage nach ihnen als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich war jedoch hoch, Lohndumping und miserable Arbeitsbedingungen waren weit verbreitet.

Die Aufstände in den nordafrikanischen Staaten Tunesien, Libyen und Ägypten haben die Migration von Süden nach Norden stärker in den Mittelpunkt gerückt. Jahrzehntlang haben Menschen aus Nordafrika bessere Lebensbedingungen in den südeuropäischen Ländern gesucht und in diesen Ländern, die besonders im Bereich der Landwirtschaft unter einem Mangel an SaisonarbeiterInnen leiden, ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Die Wahl des Ziellandes der nordafrikanischen ZuwanderInnen wurde hauptsächlich durch ehemalige Kolonialbeziehungen bestimmt (zwischen Algerien und Frankreich, Marokko und Spanien, Libyen und Italien) sowie durch Migrationsmuster der Vergangenheit. Auch ZuwanderInnen aus den Ländern südlich der Sahara haben sich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen über die nordafrikanischen Staaten auf den Weg in die EU-Länder gemacht.

Diese Entwicklungen haben die Migrationspolitik der EU und, mehr noch, den Ansatz der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Zuwanderung sowohl von EU-BürgerInnen als auch von nicht-EU-BürgerInnen geprägt. Auf EU-Ebene wurden das Recht auf Freizügigkeit und das Schengener Abkommen mit der sog. Politik der „Festung Europa“ kombiniert und Schutzwälle errichtet, um den Zuwanderungsstrom von außerhalb der EU zu bremsen. Als Teil dieser Politik, wurde die Kontrolle der Zuwanderungsströme mit den nordafrikanischen Staaten, wie zum Beispiel Libyen, abgestimmt und zum Teil auch ausgelagert. Unter dem Gaddafi-Regime war die Zusammenarbeit in Einwanderungsfragen eine der Bedingungen für Libyens Wiederaufnahme in die vom Westen beherrschte internationale Arena. Die Errichtung von Auffanglagern für illegale EinwanderInnen in Nordafrika war Teil der EU-Externalisierungspolitik zur Steuerung der Zuwanderungsströme.

Die Menschenrechtsaspekte einer strengeren, „externalisierten“ Zuwanderungspolitik haben zusammen mit dem Bedarf an WanderarbeiterInnen und schwerwiegenden Problemen im Bereich des Menschenhandels und der Schleuserkriminalität zu einem EU-Entwurf für eine einheitliche Zuwanderungspolitik geführt, vergleichbar mit der in den USA. Dies ist im „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ festgelegt, der von der EU 2008 angenommen wurde. Das zentrale Anliegen der Politik ist die Stärkung des Zuwanderungsstatus durch die Erteilung langfristiger und auf bestimmte Personengruppen zielende Aufenthaltsgenehmigungen, die Integration und die Erleichterung langfristiger Zuwanderung durch die Schaffung eines Blue Card-Systems für einen dauerhaften Aufenthalt (nach dem Vorbild der US-amerikanischen Green Card). Als Bestandteil dieser neuen Politik wurden auch Gesetze zur Förderung der saisonalen Migration und zur Erleichterung von unternehmensinternen Versetzungen erlassen. Eine genauere Prüfung dieser Initiativen durch die Gewerkschaften, einschließlich der deutschen IG Metall und des Europäischen Gewerkschaftsbundes sowie durch Menschenrechtsorganisationen, wie der Europäischen Vereinigung zum Schutz der Menschenrechte, haben ergeben, dass die Maßnahmen ihre Ziele verfehlen, da sie Diskriminierung zwischen unterschiedlichen Gruppen von ZuwanderInnen, nach Qualifikation, Herkunftsland (EU oder Drittstaat), Art der Zuwanderung (vorübergehend/saisonal oder langfristig) bewirken. Dies wird zu einer stärkeren Zersplitterung des europäischen Arbeitsmarktes führen, auf dem hochqualifizierte BürgerInnen aus der EU oder aus Drittstaaten die höchsten Einkommen erzielen und zu den Privilegierten unter den ZuwanderInnen gehören werden.

Diese Strategien wurden mit Maßnahmen zur Eindämmung der Zuwanderung kombiniert, wie der Rückführung von EinwanderInnen, der Zusammenarbeit mit den Behörden in den Heimatländern der ZuwanderInnen und verstärkten Kontrollen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Dieser neue strategische Ansatz wurde auch entwickelt, um „Migration, Mobilität und Sicherheit“ miteinander zu verbinden, was unweigerlich zu einer Verfestigung des sicherheitspolitischen Denkens in Einwanderungsfragen und einer Marginalisierung der menschenrechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Aspekte der Zuwanderung führen wird. Es wird behauptet, dass diese Maßnahmen durch die Verringerung des Menschenhandels und -schmuggels, legalen EinwanderInnen helfen und sie schützen würden. In Wirklichkeit führt eine restriktive europäische Zuwanderungspolitik zusammen mit weitverbreiteten Ressentiments gegen MigrantInnen zu einer gegenseitigen Verstärkung und fördert dadurch eine noch restriktivere Zuwanderungspolitik auf nationaler Ebene.

Diese Entwicklungen haben die Zuwanderungspolitik in der EU und in den Mitgliedsstaaten eindeutig in Richtung stärkerer Kontrolle verlagert und untergraben die traditionell bewährten Grundsätze von Kohäsion und Solidarität, die in vielen Erklärungen der EU verankert sind.

Die EU braucht dringend eine Zuwanderungspolitik, die den Arbeitskräftebedarf mit den gesellschaftlichen, menschlichen und wirtschaftlichen Rechten der Zuwanderer verbindet. Diskriminierung, vor allem am Arbeitsplatz, muss beendet werden. Sobald die Zuwanderung von Sicherheitsfragen wie Terrorismus und Kriminalität getrennt wird, wird es einfacher, die arbeitsmarktpolitischen Aspekte der Zuwanderung zu berücksichtigen und eine migrantenfreundliche Gesellschaft zu schaffen, in der strenge Einwanderungsvorschriften (wie in den USA) mit Respekt gegenüber den Zuwanderern kombiniert werden kann, wenn sie im Land angekommen sind. Aus humanitären Gründen sollten sämtliche Zugangsbeschränkungen von Zuwanderern, unabhängig von ihrer rechtlichen Stellung, zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen, wie Gesundheit und Bildung abgeschafft werden. Auf mittlere bis lange Sicht sollten Versuche unternommen werden, in der EU eine gemeinsame Zuwanderungspolitik zu schaffen, die auf internationaler Gerechtigkeit, Solidarität und Integration der Einwanderer beruht und die auf bewährte Praktiken der einzelstaatlichen Politiken im Bereich Aufnahme, Einbürgerung, Familienzusammenführung und Arbeitsmarktfragen zurückgreift.

## **2.5 Handels- und Entwicklungspolitik: Peitsche statt Zuckerbrot**

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise wurde von einer Verlagerung des Kräfteverhältnisses in der Weltwirtschaft begleitet. Dies ist an den neuen geopolitischen Strategien Chinas in Afrika und, in geringerem Maße, in Südamerika eindeutig erkennbar. Diese sog. neuen Geber verfolgen das klare Ziel, im Austausch gegen großzügige Finanzierungen von Infrastruktur oder anderen Projekten Zugang zu Rohstoffen zu erhalten. Im Gegensatz zu den herkömmlichen OECD-Geberländern knüpft China an seine Hilfszahlungen keine Bedingungen in Form von politischen Auflagen. Infolgedessen, sehen sowohl die EU, als auch die USA, ihren Einfluss in Afrika schwinden. Die EU hat dadurch reagiert, dass sie den Druck auf die Empfängerländer ihrer Entwicklungskooperation erhöht hat, die uneingeschränkte Öffnung ihrer Märkte für Güter und Investitionen aus der EU zu gewähren. Die im November 2010 von der Kommission vorgelegte Mitteilung „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“, ist die Fortsetzung ihrer 2006 erschienenen Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“. In ihrer neuen Handelsstrategie macht die EU-Kommission deutlich, dass sie beabsichtigt, eine aggressive Strategie zur Öffnung der Märkte und Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen im Interesse der Unternehmen der EU zu verfolgen. Obwohl in den Mitteilungen der EU beteuert wird, die Verhandlungen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation abschließen zu wollen, hat sich der Fokus der Handelspolitik deutlich auf das Aushandeln von bilateralen Freihandelsabkommen mit den wichtigen Handelspartnern verlagert.

Die Verhandlungen der EU mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) abzuschließen, haben kaum Fortschritte gemacht. Die Kommission hat daher Maßnahmen ergriffen, um den Druck auf die afrikanischen Länder zu erhöhen, diese Abkommen zu unterzeichnen. Die Kommission hat angekündigt, dass sie bis 2013 die Verordnung über den präferentiellen Marktzugang der AKP-Staaten auslaufen lassen wird, und führt gleichzeitig eine Reform des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU durch. Das APS-System gewährt weniger entwickelten Ländern eine einseitige zollrechtliche Vorzugsbehandlung durch die EU. Da die meisten afrikanischen AKP-Länder diese Vorzugsbehandlung erhalten haben, sind die Anreize für sie, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen, die von ihnen weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich Handel und Investitionen verlangen, recht gering. Bisher haben sich 23 afrikanische Staaten geweigert, die Abkommen zu unterzeichnen, darunter z.B. Sambia, Nigeria und Senegal. Die EU nutzt die APS-Reform jetzt als zusätzliches Druckmittel, um die afrikanischen Länder zum Abschluss der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu bewegen. Und um den Marktzugang zur EU unter Vorzugsbedingungen nicht zu verlieren, werden einige der schwachen afrikanischen Länder unter Umständen keine andere Wahl haben, als auf diesen Handel mit der EU einzugehen. Die geopolitische und wirtschaftliche Lage hat sich in den vergangenen Jahren jedoch gewandelt und die stärkeren afrikanischen Staaten, die vom Anstieg der Rohstoffpreise oder privilegierten Beziehungen mit China profitiert haben, könnten den Verhandlungen einfach den Rücken kehren.

Die EU-Handels- und Entwicklungspolitik hat in Bezug auf die Länder des Mittelmeerraums in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls eine einseitige Liberalisierungspolitik betrieben. Die Verhandlungen über die Liberalisierung der Dienstleistungen und Investitionen mit Marokko, Ägypten, Tunesien und Israel laufen seit 2008. Die revolutionären Ereignisse im Jahr 2011 in Ägypten, Tunesien und anderen Ländern der Region waren zumindest teilweise durch die weitverbreitete Ablehnung der vorherrschenden Wirtschaftsmodelle motiviert. Das ist ein sehr deutlicher Hinweis darauf, dass die Handels- und Wirtschaftspolitik der EU ernsthaft überdacht werden muss.

## **2.6 Unangemessen und unzureichend: das Beispiel der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Zwischen den von der EU erklärten Zielen und der tatsächlich verfolgten Politik besteht eine erhebliche Kluft. Irgendwo in der Masse der von der EU herausgegebenen Dokumente findet sich möglicherweise ein Hinweis auf eine größere Bandbreite von Zielen. Einige dieser Ziele sind problematisch, andere jedoch wünschenswert und die ihnen zugrundeliegende Argumentation ist schlüssig, auch wenn sie manchmal in schwierige Gesamtstrukturen eingebettet ist. Ein zentrales zerstörerisches Element in der vorherrschenden EU-Strategie ist die alles übergreifende Ausrichtung auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Dies ist nicht nur für die potentiell positive Rolle der EU innerhalb der Welt schädlich, es verdreht auch die Funktionsweise der Politik innerhalb der EU. Anstelle eines Gebildes undurchsichtiger Instrumente, die oft indirekt durch Marktmechanismen wirken sollen, sollte auf EU-Ebene eine Reihe direkter, eindeutiger und transparenter Strategien geschaffen werden, die eine nachhaltige Entwicklung zu ihrer ausdrücklichen und verbindlichen Grundlage erklären.

Auf der globalen Bühne ist die EU beinahe so auffällig wie die USA, was den Einsatz militärischer Mittel zur Verfolgung ihrer Energie- und Rohstoffstrategien betrifft. Das militärische Konzept von „Sicherheit“ wurde zu Unrecht angewendet, um einen illusorischen Weg hinaus aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt für bestimmte Rohstoffe und Energieträger zu zeichnen. Die EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, die große Problembereiche wie den

Außenhandel, die Währungspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik noch nicht einmal anspricht, ist ein gutes Beispiel für Schaufensterpolitik, und missachtet dabei völlig die schädlichen Auswirkungen der integrierten europäischen Wirtschaft.

Diese Probleme lassen sich wieder gut am Beispiel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veranschaulichen. Der dringende Bedarf grundlegender Reformen wird von (beinahe) jedem Beteiligten anerkannt. Die Vorschläge der Kommission für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kommen einer dringend erforderlichen politischen Diskussion über die Ziele der Agrarpolitik und die Erreichung dieser Ziele zuvor.

Das neue Kommissionspapier über die Agrarpolitik macht einen bedeutenden Schritt in Richtung einer nachhaltigen Gestaltung der Landwirtschaft.<sup>33</sup> Es erkennt die Bedeutung der Arbeitsplatzfrage im Agrarsektor an und benennt im Rahmen seines Ökologisierungskonzepts für die landwirtschaftliche Produktion die Kategorie der aktiven Landwirte als zentrale Figur für die ländliche Entwicklung. Der Vorschlag, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Berechnung der an die Erzeuger gezahlten Bonuszahlungen mit einzubeziehen, ist eine Bestätigung dafür, dass die Landwirtschaft eine würdige Beschäftigungsquelle ist. Dieser Ansatz wird jedoch nicht konsequent verfolgt und es wurde nicht vorgeschlagen, alle den GAP-Regeln unterliegenden Zahlungen mit diesem aktiven gesellschaftlichen Beitrag in Einklang zu bringen. Die Definition von aktiven Landwirten als Empfänger der europäischen Subventionen wäre äußerst vorteilhaft, da die großen Konzerne, die an der Herstellung und dem Vertrieb von Lebensmitteln beteiligt sind, von den Zahlungen ausgeschlossen werden würden.

Die Einbeziehung von Umweltzielen als wichtiger Punkt der Agrarpolitik sollte als starker Hebel zur Förderung der Veränderungen genutzt werden, die für eine nachhaltige Entwicklung dieses Bereiches notwendig sind. Es ist jedoch nicht ausreichend, die Auflage von ökologischen und sozialen Bedingungen bei der landwirtschaftlichen Produktion für den Erhalt europäischer Agrarsubventionen nur zu versprechen. Der Europäische Rat und das Europäische Parlament müssen den Vorschlag der Kommission ergänzen, um sicherzustellen, dass dies ein Teil der konsequenten und übergreifenden Strategie für eine nachhaltige Entwicklung wird. Dabei sollte ausdrücklich die Notwendigkeit für die Entwicklungsländer anerkannt werden, ihrerseits ein nachhaltiges Entwicklungsmodell in der Landwirtschaft zu erreichen, aufgrund dessen sie dazu in der Lage sind, ihrer eigenen Bevölkerung das Recht auf Nahrung zu garantieren. Hierfür muss dem unfairen Wettbewerb durch den Agrarsektor der EU ein Ende gesetzt werden und die europäischen Ressourcen müssen in die Länder auf der Südhalbkugel umgeleitet werden, um eine Zusammenarbeit mit ihnen aufzubauen und um eine nachhaltige Regionalentwicklung (und Beschäftigung) in Europa zu ermöglichen.

---

<sup>33</sup> Europäische Kommission, *Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013*, 12. Oktober 2011.

### 3 Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa

#### 3.1 Finanz- und fiskalpolitische Alternativen

Durch die massiven Verkäufe der Anleihen einiger Länder durch private Investoren ist der Markt für öffentliche Schuldverschreibungen im Euro-Währungsgebiet ins Wanken geraten. Um diesen Kreislauf von Verkäufen und fallenden Preisen zu durchbrechen, muss die EZB als Kreditgeber letzter Instanz (*lender of last resort*) einschreiten. Anstelle der beschränkten und zögerlichen Maßnahmen, die sie bisher ergriffen hat, sollte die EZB ankündigen, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um sicherzustellen, dass die Anleihenpreise nicht unter einen bestimmten Wert sinken werden. Die Schlüsselfunktion eines Kreditgebers letzter Instanz ist es, eine Woge von Panikverkäufen zu stoppen, vorausgesetzt die Zentralbank ist erkennbar bereit, mit den notwendigen Mitteln einzuschreiten.<sup>34</sup> Gleichzeitig sollten Initiativen ins Leben gerufen werden, um der Macht des Finanzsystems Einhalt zu gebieten, und um die Grundlage für einen anhaltenden Aufschwung zu schaffen.

#### Schrumpfung des Finanzsektors

- Das Wachstum des Finanzsektors der vergangenen 30 Jahre in Punkto Größe und Macht muss grundlegend rückgängig gemacht werden. Die Finanzunternehmen haben sich einen immer größeren Anteil des Volkseinkommens angeeignet und, nach einem kurzen Zwischenspiel, zahlen sie erneut hohe Bonuszahlungen. Sie haben deutlich versagt, ihren finanziellen Beitrag zur Schaffung guter Arbeitsplätze zu leisten und durch die Schaffung eines massiven Überbaus aus Derivaten und anderen komplexen Wertpapieren haben sie eine Instabilität herbeigeführt, die nur drei Jahre nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 die Zukunft der europäischen Wirtschaft erneut gefährdet.
- Es sollte eine strikte Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken eingeführt werden. Die Geschäftsbanken sollten den Haushalten finanzielle Mittel für große Anschaffungen zur Verfügung stellen und den Unternehmen Investitionen für sozial- und umweltverträgliche Projekte ermöglichen. Der Ausbau genossenschaftlicher, kommunaler, öffentlicher und anderer gemeinnütziger Banken sollte aktiv unterstützt werden. Die Größe privater Geschäftsbanken sollte streng beschränkt werden und es müssen dahingehend Vorschriften erlassen werden, dass deren Versagen nicht die Instabilität des Finanzsystems nach sich zieht. Die Regulierung der Geschäftsbanken sollte bei der Ausweitung von Krediten direkten Kontrollen unterworfen werden, da erhöhte Kapitalanforderungen die Abhängigkeit der Banken von den Finanzmärkten weiter verstärkt.
- Die Tätigkeiten von Investmentbanken, Hedgefonds, Private Equity Fonds und anderen sog. „Schattenbanken“ sollten streng eingeschränkt werden. Es sollte ihnen nicht gestattet werden, mit geliehenem Geld zu arbeiten, und ihre Aktivitäten sollten allesamt öffentlicher Kontrolle unterworfen werden.
- Die meisten Derivate tragen nicht zur makroökonomischen Stabilität bei. Sie haben zu einem massiven Instrumentenüberbau geführt, der Profite für die Finanzunternehmen erzeugt und der, während er den Anschein erweckt, Schutz vor bestimmten Risiken zu

---

<sup>34</sup> Eine entschiedene Stellungnahme hierzu finden Sie bei Paul de Grauwe, *Only a more active ECB can solve the euro crisis*, CEPS Policy Brief, Nr. 250, August 2011.

bieten, in Wahrheit aber zu einer Erhöhung systemischer Risiken führt. Derivate sollten daher standardisiert und streng kontrolliert werden. Außerdem sollte es den Finanzinvestoren nicht ermöglicht werden, das Ausfallrisiko – wie bei den Credit Default Swaps – abzuwälzen und so zu einer stärkeren Konzentration von Systemrisiken beizutragen.

- Alle Wertpapiere sollten über zugelassene, zentrale Plattformen gehandelt werden, und auf alle Transaktionen sollte eine Finanztransaktionssteuer erhoben werden. Es sollte eine öffentliche europäische Rating-Agentur geschaffen werden.

### **Tragfähige Schulden**

- Eine Rückzahlung der bestehenden Staatsverschuldung ist nicht möglich, insbesondere nicht in Griechenland. Ein Teil der Schulden muss daher erlassen werden. Anstelle eines allgemeinen Schuldenschnitts, der sämtliche Finanzunternehmen, einschließlich von Pensionskassen hart treffen würde, sollten Schuldenprüfungen durchgeführt werden, wie sie erstmals in Ecuador erprobt wurden. Schuldenprüfungen sind ein innovativer Weg zur Förderung einer offenen Diskussion darüber, welche Bereiche der öffentlichen Verschuldung gerechtfertigt und welche abzuschreiben sind. Sie können auch dazu dienen, jene Instrumente zu identifizieren, die hoch spekulative Positionen in den Staatsschuldtiteln bilden, so wie Hedgefonds, die die Hauptlast eines Schuldenerlasses tragen sollten.
- In allen Mitgliedsstaaten mit hoher Staatsverschuldung sollte eine Schuldenreduzierung durch Erhebung einer Vermögenssteuer zur Umverteilung des Vermögens der sehr Reichen herbeigeführt werden.<sup>35</sup>
- Die Länder der Eurozone sollten die Möglichkeit von Spekulationen gegen die Anleihen schwächerer Mitgliedsstaaten durch die Begebung von Euro-Anleihen abschaffen. Den Ländern der Eurozone sollte die Umwandlung ihrer Staatsschulden in gemeinsame Anleihen ermöglicht werden, eventuell bis zu einem bestimmten Wert, und dies sollte von allen Ländern kollektiv garantiert werden. Dies würde keine Nettoausgabe von Anleihen bedeuten, sondern vielmehr eine Änderung in der Art, wie die Anleihen gehalten werden. Die gegenwärtige Unsicherheit hat dazu geführt, dass enorme Summen in deutsche Staatsanleihen geflossen und die Zinsen auf unter 2 % gesunken sind, der niedrigste Wert seit 60 Jahren. Eine gemeinsame Euro-Anleihe würde dafür sorgen, dass alle Euroländer in den Genuss niedriger Zinsen kommen und somit eines der Hauptprobleme beseitigen, dem sich zahlreiche Mitgliedsstaaten der Peripherie gegenüber sehen.

### **Europäische Politik für einen anhaltenden Aufschwung**

- Eine gemeinsame Währungspolitik sollte durch eine gemeinsame Fiskalpolitik ergänzt werden. Diese sollte auf einem europäischen Haushalt von mindestens 5 % des BIP der EU beruhen sowie auf einer Koordinierung der nationalen Haushaltspolitiken. Das Ziel einer gemeinsamen Fiskalpolitik sollte die Förderung von Vollbeschäftigung mit guter Arbeit sein. Die aktuelle Politik, die finanzielle Unterstützung für Griechenland und andere Mitgliedsstaaten von der Durchführung von drakonischen Sparmaßnahmen abhängig

---

<sup>35</sup> Im September 2011 betrug das Nettovermögen der Haushalte im Eurogebiet 39,3 Billionen Euro (EZB, *Monatsbericht*, S. S32). Das entspricht 420 % des BIP in der Eurozone, ein Großteil davon befindet sich wahrscheinlich im Besitz der wohlhabendsten Haushalte. Im Vergleich dazu entsprachen die gesamten Staatsschulden im Eurogebiet im Jahr 2010 85 % des BIP (S. S57).

macht, ist sozial ungerecht. Außerdem treibt sie die Länder in noch schwerere Rezessionen, was es ihren Regierungen zusätzlich erschwert, ihre Schulden zu reduzieren. Der Sparkurs wird zudem den deflationären Druck verstärken, dem sich Europa ausgesetzt sieht. Stattdessen sollten die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität und der sie 2013 ablösende Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus den Regierungen mit Primärdefiziten die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um ihnen wieder Wachstum zu ermöglichen. Zur gleichen Zeit sollten die Länder mit überschüssigen Haushalts- und Leistungsbilanzpositionen ihre Binnennachfrage stärken, so dass die Anpassung nicht ausschließlich den Defizitländern obliegt.

- Um den Gefahren einer erneuten Rezession entgegenzuwirken, ist ein umfangreiches Programm staatlicher Investitionen erforderlich. Solche Investitionen sollten Teil einer langfristigen Strategie zur Förderung von Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit sein und auf nationaler Ebene sowie auf EU-Ebene angeregt werden, einschließlich eines ambitionierten Plans zur Förderung von Investitionen in den Ländern, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Für die Finanzierung dieser Programme könnte die Europäische Investitionsbank in großem Umfang herangezogen werden, die bereits ermächtigt ist, Schuldverschreibungen zur Finanzierung ihrer Aktivitäten herauszugeben.<sup>36</sup>
- Statt permanent auf Ausgabenkürzungen zu drängen, sollten die Regierungen Mittel für öffentliche Investitionen zur Verfügung stellen, indem sie die langfristige Steuersenkung für Besserverdienende rückgängig machen. Hohe Einkommen (z. B. über 250.000 Euro im Jahr) sollten mit einem sehr hohen Grenzsteuersatz besteuert werden (etwa 75 %). Die in einigen Ländern eingeführte Pauschalbesteuerung des Einkommens sollte abgeschafft und durch abgestufte Steuersätze ersetzt werden. Darüber hinaus sollte in der EU ein Unternehmenssteuer-Mindestsatz eingeführt werden, um eine Steuerkonkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten zu verhindern.
- Verfassungsänderungen, die es den Regierungen verbieten, mit Defiziten zu arbeiten (sog. „Schuldenbremsen“), wie sie zuerst in Deutschland eingeführt und seitdem auch anderen Ländern aufgezwungen wurden, um sich in Berlin lieb Kind zu machen, sind gefährlich restriktiv. Der Vorschlag begünstigt die verbreitete Fehleinschätzung, den Staatshaushalt mit Privathaushalten gleich zu setzen. Er bezieht sich auch auf die isolierte Behandlung des öffentlichen Finanzierungssaldos, vom Finanzierungssaldo des privaten Sektors und dem des Auslands.<sup>37</sup> Verzeichnen die privaten Investitionen oder der Konsum einen Rückgang, wie im jüngsten Abschwung, steigt zwangsläufig das Staatsdefizit. In einer kapitalistischen Wirtschaft sind private Investoren sehr unberechenbar. Die Stabilität der Gesamtwirtschaft erfordert daher eine aktive Haushaltspolitik des Staates.

---

<sup>36</sup> Siehe die Vorschläge von Stuart Holland, *Union Bonds, Eurobonds and a New Deal for Europe*, Juli 2011. Diese Vorschläge unterscheiden zwischen einer Umwandlung bestehender nationaler Anleihen in Euro-Anleihen zu Stabilitätszwecken, also *keine* Nettoausgabe neuer Anleihen, und der Ausgabe neuer Anleihen zur Finanzierung von Investitionen, also *eine* Nettoausgabe neuer Anleihen.

<sup>37</sup> Es ist eine Bilanzgleichung, dass das Haushaltssaldo des Staates (Steuereinnahmen *minus* Ausgaben) dem Finanzierungssaldo des privaten Sektors entsprechen muss (Investitionen *minus* Ersparnisse) plus Finanzierungssaldo des Auslands (Exporte *minus* Importe).



## **Löhne und Beschäftigung**

- Eine gemeinsame Geld- und Fiskalpolitik sollte durch eine koordinierte Lohnpolitik ergänzt werden. Zentrales Ziel dieser Politik sollte es sein, das innerhalb der EU (und in den USA) verbreitete trendmäßige Sinken der Lohnquote aufzuhalten. In jedem Mitgliedsstaat sollten die Löhne proportional zur nationalen Produktivität plus der vereinbarten Inflationsrate steigen. Da die Produktivität in den Mitgliedsstaaten mit niedrigeren Einkommen generell schneller gestiegen ist, folgt daraus, dass die Löhne sich denen in Ländern mit höheren Einkommen annähern sollten.
- Um die Ungleichgewichte zu beseitigen, die sich in den letzten zehn Jahren angehäuft haben, darf die Anpassung nicht nur den Ländern obliegen, in denen die Lohnstückkosten über den Durchschnitt des Euroraums gestiegen sind. Stattdessen sollte ein Großteil der Anpassungen von den Ländern getragen werden, in denen die Lohnstückkosten unterhalb des Euroraum-Durchschnitts liegen. Dies gilt insbesondere für Deutschland, wo die Lohnstückkosten seit der Euroeinführung 1999 und bis zum Ausbruch der Krise 2007 praktisch unverändert geblieben sind. Somit entspricht Deutschland nicht einmal dem von der EZB vorgegebenen Inflationsziel von 2 %, welches in jedem Fall geradezu exzessiv restriktiv ist. Um den Handelsvorteil, den Deutschland durch seine merkantilistische Strategie über die anderen Euroländer erlangt hat, auszugleichen, müssen die Löhne in Deutschland über mehrere Jahre hinweg prozentual stärker steigen als vom Produktivitätsanstieg plus Inflationsrate vorgegeben. Die Löhne von Arbeiterinnen in den Niederlassungen deutscher Unternehmen in Polen, der Slowakei und anderen mitteleuropäischen Ländern, sollten ebenfalls erhöht werden, um den Abwärtsdruck auf die Löhne deutscher ArbeiterInnen zu reduzieren.
- Eine Verringerung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 30 Stunden bleibt ein wichtiges strategisches Ziel für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik. Kurzfristig ist dies eine Schlüsselkomponente der progressiven Strategie zur Sicherung der Vollbeschäftigung (die hier dargestellten Möglichkeiten haben sich bereits als wirkungsvoll erwiesen, da eine Reduzierung der Arbeitszeit in Deutschland (Kurzarbeit) dazu beigetragen hat, die Beschäftigtenzahlen während der Krise zu stabilisieren). Langfristig ist eine Verringerung der Arbeitszeit ein wesentlicher Faktor, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der das Leben nicht von der Lohnarbeit dominiert wird, um wirkliche Freizeit zu schaffen sowie die Voraussetzungen dafür, dass die Haushalte die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden können, vor allem im Hinblick auf die Kinderbetreuung.

### **3.2 Alternativen zum Sparkurs sind dringend erforderlich**

Angesichts der allesumfassenden Sparprogramme von EU und IWF sind Alternativen dringend erforderlich. Bei der Diskussion über Alternativen ist ein zweistufiger Ansatz erforderlich, (i) einer, der sich auf das „herkömmliche sozialpolitische System“ konzentriert, in dem in erster Linie Transferzahlungen geleistet werden und bestimmte Dienstleistungen wie Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Rentenleistungen usw. erbracht werden, und (ii) ein breiterer Ansatz aus sozioökonomischer Sicht, der grundlegende, strukturelle Aspekte heutiger kapitalistischer Systeme aufgreift. Schließlich ist es wichtig, die folgenden Vorschläge als Bestandteile eines zusammenhängenden Ganzen zu sehen.

Im Mittelpunkt der erforderlichen Änderungen steht ein gestärkter und rechenschaftspflichtiger öffentlicher Sektor. Entwicklungen in der Vergangenheit haben deutlich gezeigt, dass

die Privatisierungspolitik kontraproduktiv gewesen ist. Das Gesundheitswesen ist zu einem exklusiven Zwei-Klassen-System geworden, von dem bestimmte Teile der Bevölkerung ausgeschlossen sind. In Irland beispielsweise besitzen 22 % der Bevölkerung keinerlei Krankenversicherung, weder privat noch gesetzlich, und sind somit auf die notärztliche Grundversorgung angewiesen.<sup>38</sup> Außerdem erfüllen das Transport- und Kommunikationswesen nicht länger die allgemeine Funktion, weit auseinanderliegende Regionen ausreichend und angemessen miteinander zu verbinden. Zugleich gefährdet die unzureichende Infrastruktur die öffentliche Sicherheit allzu oft. Die Wiederherstellung der Funktion des öffentlichen Dienstes ist daher von unmittelbarer Bedeutung, um Folgendes zu gewährleisten:

- Eine angemessene Gesundheitsversorgung für alle, auch für die steigende Zahl von Personen, die vollständig aus dem System herausfallen und für diejenigen, die nur über eine minimale soziale Sicherung verfügen. Sofern es sie noch nicht gibt, sollte eine gesetzliche Sozialversicherung eingeführt werden, und es sollten Regelungen für diejenigen eingeführt werden, die selbstständig sind oder sich in prekären Situationen befinden und nicht in der Lage sind, Beiträge zu bezahlen.
- Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ab einem frühen Lebensalter. Diese sollten die dringend erforderlichen Bildungsmaßnahmen erbringen, da die Grundlagen für qualifizierte Arbeitskräfte und gebildete BürgerInnen bekanntermaßen bereits im Vorschulalter gelegt werden.
- Finanzielle Hilfe für bedürftige Haushalte, was auch zur Stärkung der Binnennachfrage beitragen wird.

Die in den vorherigen Kapiteln diskutierte untragbare Arbeitsteilung zwischen EU-Kern und Peripherie bedeutet, dass die Regionalpolitik radikal geändert werden müssen. Niedriglohnstrategien, die angeblich mehr Wettbewerbsfähigkeit für wenig entwickelte Regionen bringen sollten, sind gescheitert. Aufschwung und Entwicklung müssen auf der Förderung der Entwicklung neuer Technologien und der Schaffung von technologisch fortgeschrittenen Produktionssektoren basieren. In der Vergangenheit hatte die EU zum Teil wirkungsvolle Rahmen für die Finanzierung regionaler Belange. Unter dem Einfluss der Lissabon-Agenda, die davon ausgegangen ist, dass ein Trickle-Down-Effekt von den reichen in die armen Regionen stattfindet, wurden die Strukturfonds für den Zeitraum von 2007-2013 jedoch gekürzt. Dies muss rückgängig gemacht werden. Stattdessen sind diese Fonds erheblich aufzustocken, was ebenfalls zu der gewünschten Erhöhung des EU-Haushalts beitragen wird. Die Hauptpriorität der Strukturfonds sollte die Förderung fortschrittlicher, produktiver Wirtschaftssektoren sein und nicht in erster Linie die Erbringung von Sozialleistungen für Gebiete mit rückläufiger Entwicklung.

Um die Leistungsbilanz der Defizitländer zu verbessern, ist es notwendig, nicht nur die steigenden Exporte zu sehen. Es ist ebenfalls erforderlich, Möglichkeiten zur Ersetzung der Importe zu finden, zum Beispiel durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen, um dadurch die Ölimporte zu ersetzen, oder die Ausbildung und Beschäftigung hochqualifizierter Ingenieure, um den Bedarf nach komplexen technischen Dienstleistungen ohne Importe stillen zu können. Eine solche Strategie brauchte und braucht ihre Zeit (z. B. etwa 40 Jahre im Ruhrgebiet und mindestens 30 Jahre in Ostdeutschland) und massive öffentliche Förderung. Um die

---

<sup>38</sup> CSO, *Health Status and Health Service Utilisation, Quarterly National Household Survey*, 31. August 2010.

Basis für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, bedarf es solcher Maßnahmen und nicht Einsparungen.

Ein wesentlicher Beitrag im Kampf gegen die Auswirkungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise kann auch von Unternehmen der Sozialwirtschaft kommen. Dabei stechen zwei Besonderheiten hervor: Erstens, Unternehmen wie Genossenschaften sollten nicht nur als vorübergehende Lösungen betrachtet werden, die Lücken mit Hilfe vorübergehender rechtlicher, steuerlicher oder sonstiger Maßnahmen ausfüllen und somit zu einer kurzzeitigen Entlastung vom Marktdruck führen. Stattdessen sollten sie als langfristige Initiativen gefördert werden, die darauf abzielen, eine große Bandbreite an Aufgaben zu erfüllen, und die nicht nur der Gewinnmaximierung dienen, wie herkömmliche Unternehmen. Zweitens handelt es sich bei diesen in mehrfacher Hinsicht um integrative Organisationen. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb sie verschiedene Aufgaben erfüllen können. Sie können:

- verschiedene unternehmerische Ziele verbinden, wie die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, soziale Integration und Umweltpflege;
- verschiedene Produktionsstufen vereinen, von der Rohstoffherzeugung, über die Verarbeitung, die Herstellung, den Vertrieb, den Austausch bis hin zum Konsum;
- sowohl die lokale Produktion als auch den Konsum anregen;
- die Palette ihrer Produkte und Dienstleistungen primär über den Nutzen dieser Produkte und Dienstleistungen definieren und nicht über deren Wert als Statussymbol, wie es bei Designermarken der Fall ist, ein wichtiger Punkt auf dem Weg zu einem nachhaltigen, sozioökonomischen Entwicklungsmodell.

Eine derartige Alternative zu „rentablen Privatisierungsstrategien“ setzt eine strikte Neuorientierung in der öffentlichen Verantwortung voraus. In einem Vorschlag des Irischen Gewerkschaftskongresses (ITUC) ging es um die Neudefinition der öffentlichen Verantwortung. Anstatt die Funktion des öffentlichen Sektors auf die eines Rahmensetzers zu reduzieren, der koordiniert, kontrolliert und überwacht, während die Umsetzung den privaten Unternehmen überlassen wird (wie in öffentlich-privaten Partnerschaften), sollte der entschlossene Wille vorhanden sein, das öffentliche Engagement der BürgerInnen zu fördern (dies könnte man als öffentlich-bürgerliche-Partnerschaft bezeichnen).

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hat das Konzept der Flexicurity zu sehr prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt, zur Privatisierung der Risiken sowie zur Einschränkung der Arbeitnehmerrechte. Die „Privatisierung der Rechte“ steht auf dem Spiel, nicht zuletzt aufgrund der Erosion von Kollektivverhandlungen. Im Gegensatz zu den Geschehnissen in Irland und anderen Peripherieländern infolge der EU-Politik sollten die Rechte der Gewerkschaften vollständig wieder hergestellt und ihnen Geltung verschafft werden. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass Unternehmen nicht mit dem Wettbewerbsdruck aus anderen EU-Ländern argumentieren können, um niedrigere Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Eine angemessene Gesetzgebung sollte so ausgestaltet sein, dass sie auch für Unternehmen von außerhalb der EU gilt, die in einem der Mitgliedsstaaten investieren wollen. Die EU sollte zudem eine einheitliche Politik entwickeln, um Mindestlöhne in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen und um sicherzustellen, dass Arbeitsschutzvorschriften streng befolgt werden. Dies hätte außerdem den Vorteil, dass die Kosten für die Gesundheitsversorgung gesenkt würden.

### 3.3 Förderung einer eigenständigen Entwicklung in den Partnerländern

Die grundlegende Philosophie der EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik muss geändert werden. Der aktuelle Ansatz der EU, der auf Freihandel basiert, hat die bestehenden Asymmetrien nur gefestigt. Das Ziel sollte jedoch darin bestehen, die Asymmetrien abzubauen. Hierfür sind Abkommen und Formen der Zusammenarbeit notwendig, die auf asymmetrischen Prinzipien basieren, um die Partnerländer entsprechend zu fördern. Sowohl Beitritts- als auch Nachbarschaftspolitik muss eingestehen, dass die bisherigen neoliberalen Strategien versagt haben. Stattdessen sollten sie politischen Handlungsraum für die Förderung industrieller Entwicklungsstrategien schaffen.

Im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens ist Reindustrialisierung von besonderer Dringlichkeit. Die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen in der Region sind für eine industrielle Entwicklung jedoch ungünstig, da sich während des Krieges eine kleine Schicht „Tajkuni“ (*Tycoons*) gebildet hat. Hierbei handelt es sich um marktbeherrschende lokale Unternehmensgruppen mit hervorragenden Kontakten zur Politik. Sie sind überwiegend auf dem Gebiet der Dienstleistungen tätig und nutzen Monopolstellungen aus. Innerhalb der EU muss mit Widerstand gegen eine nach innen gerichtete Industrialisierungsstrategie von den exportorientierten Unternehmen in den Kernstaaten und von den Regierungen der neomerkantilistischen Gruppe rund um Deutschland gerechnet werden. Entgegen der üblichen EU-Praxis sollten die Beitrittskandidaten ermutigt werden, die Kontrolle über die Kapitalflüsse zu behalten, um dadurch in der Lage zu sein, Wechselkursschwankungen auszugleichen und einer Währungsaufwertung vorzubeugen. Für eine Weile sollten sie auch die Möglichkeit zur Abwertung ihrer Währungen behalten, da es sich hierbei um ein Politikinstrument handelt, das beim Schutz schwacher Produktionssektoren eine wichtige Rolle spielen kann, solange diese noch nicht international wettbewerbsfähig sind.

Die Beziehung zu den ost- und südeuropäischen Nachbarstaaten sollte nicht auf Freihandelsabkommen gegründet werden, sondern auf sektoraler, kultureller und politischer Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen. Die Doppelmoral hinsichtlich der Frage der Demokratisierung, wie sie die EU-Politik gegenüber Nordafrika und Osteuropa an den Tag legt, darf nicht aufrechterhalten werden. Eine Lockerung und die Abschaffung bestehender restriktiver Visaregelungen wird sowohl in den ost- als auch in den südeuropäischen Nachbarländern gefordert. Dieser Forderung sollte stattgegeben und den BürgerInnen dieser Länder damit signalisiert werden, dass sie in der EU willkommen sind.

Die in der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik notwendigen grundlegenden Änderungen, können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Um die bestehenden Asymmetrien zwischen der EU und den Nachbarstaaten aufzugreifen und zu beseitigen, sollten asymmetrische Vereinbarungen zugunsten der Peripherieländer getroffen werden. Dies erfordert insbesondere einen ganz neuen Ansatz für Assoziierungsabkommen als dem Hauptinstrument zur Regelung der Beziehungen mit diesen Ländern.
- Freihandelsabkommen sollten zugunsten sektoral differenzierter Ansätze abgeschafft werden. Kandidatenländern sollten in sensiblen Bereichen langfristige Übergangsregelungen eingeräumt werden.
- Die Peripherieländer sollten wirtschaftspolitischen Spielraum behalten, der ihnen die Stärkung von Produktionsstrukturen ermöglicht. Die finanzielle Unterstützung der EU für diese Länder sollte auf die Förderung der industriellen Entwicklung gerichtet sein.

### 3.4 Verantwortung in der Handels- und Entwicklungspolitik

Die EU hat es nicht geschafft, aus der Wirtschafts- und Finanzkrise die entsprechend erforderlichen Lehren zu ziehen. Anstatt die Binnennachfrage anzuregen, beruht ihre Politik auf dem Glauben, dass eine verstärkte Exportorientierung zu Wachstum führen wird. Dementsprechend hält sie stur an ihrer Außenwirtschaftsstrategie fest, die primär auf die Erreichung merkantilistischer Ziele gerichtet ist. Die EU weigert sich, für das globale makroökonomische Management irgendeine Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen scheint die EU auf die aufstrebenden Volkswirtschaften als die treibenden Kräfte der Weltwirtschaft zu setzen. Dies wird ergänzt durch den vorherrschenden Ansatz der EU-Überschussländer wie Deutschland, Finnland, den Niederlanden oder Österreich, die sich weigern, ihre exportorientierten Wachstumsstrategien zugunsten einer Ausweitung ihrer Binnennachfrage aufzugeben. Dies stellt nicht nur eine Gefahr für die Währungsunion dar, sondern es schadet auch dem Ruf der EU als kooperative Kraft in den internationalen Beziehungen.

Die EU sollte ein Konzept entwickeln, das die vorherrschenden Asymmetrien zwischen den Ländern ins Visier nimmt, indem sie einen differenzierten Ansatz zulässt, der die Notwendigkeit des Schutzes eines dringend gebotenen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums ihrer Partner ernst nimmt und Strategien unterstützt, demokratische und wirtschaftliche Entwicklungsstrategien zu fördern. Ein derartiger Ansatz enthält im Wesentlichen:

- Die Einführung einer expansiven makroökonomischen Politik im EU Binnenmarkt, die eine etwas höhere Absorption von importierten Gütern und Dienstleistungen ermöglicht und so einen positiven Beitrag zur weltweiten Nachfrage leistet.
- Das vorherrschende WTO-plus Modell der bilateralen Freihandelsabkommen sollte zugunsten eines Ansatzes aufgegeben werden, der die Asymmetrien zwischen den Ländern berücksichtigt und der die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit in den Partnerländern fördert. Die handelsverzerrenden Agrarsubventionen der EU müssen abgeschafft und die Forderungen nach einer Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen in den Partnerländern eingestellt werden.
- Die EU Entwicklungspolitik sollte neu ausgerichtet werden, insbesondere gegenüber den (nord)afrikanischen Volkswirtschaften, um den Aufbau einer vielfältigen lokalen Wirtschaft zu unterstützen. In ressourcenreichen Ländern sollte die EU Anstrengungen unternehmen, das Phänomen der *Dutch Disease* zu verhindern, und um die industrielle Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft zu fördern.
- Die Schaffung staatlicher Kapazitäten in den am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) sollte durch die Förderung einer effektiven Steuerverwaltung unterstützt werden, die wiederum zu einer gerechten und nachhaltigen Steuerpolitik beiträgt.

## **Kasten 2: Steuerfragen: die EU als Modell für die am wenigsten entwickelten Länder?**

Während die Beziehungen zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) und der Europäischen Union alles andere als unproblematisch sind – koloniale Erblasten, Handelsungleichgewichte, Abhängigkeiten, chronische Verschuldung usw. – wird der wirtschaftliche Wohlstand, die politische Stabilität sowie die extensive und intensive Integration der EU-Staaten nach wie vor als bewundernswerte Leistung angesehen und zum Teil als nachahmenswert erachtet. Das Ausmaß der jüngsten Wirtschaftskrise in der EU hat in den Augen einiger Beobachter aus LDCs sicherlich Zweifel an den wirtschaftlichen Tugenden der Region aufkommen lassen. Die EU hat jedoch weiterhin sehr großen Einfluss auf den Fortschritt in den LDCs, sowohl direkt, durch materielle Kooperationsprogramme, als auch indirekt, durch die Geschäftstätigkeit europäischer Unternehmen in Übersee. Erst kürzlich hat die EU in Verbindung mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) Unterstützung im Zusammenhang mit „Economic Governance“ angeboten, insbesondere im Bereich der Besteuerung. Im April 2010 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss veröffentlicht, mit dem Titel: „Steuerwesen und Entwicklung: Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich“, die beim Aufbau „wirksamer, effizienter, gerechter und nachhaltiger Steuersysteme“ in LDCs Unterstützung leisten soll.<sup>39</sup>

Die zentrale Bedeutung eines gut ausgestatteten Steuersystems für wirtschaftlichen Erfolg, eine Modernisierung der Sozialsysteme und den Abbau von Einkommensunterschieden ist unbestritten. Entwickelte Staaten zeichnen sich allesamt durch ihre Fähigkeit zur Erzielung hoher Steuereinnahmen und durch hohe Steuerquoten im Verhältnis zum BIP aus. Die von der EU und anderen Mitgliedern der WTO geförderte Liberalisierung des Handels hat zu ernsthaften Problemen für viele LDCs geführt, die in der Vergangenheit in beträchtlichem Ausmaß auf Zölle als staatliche Einnahmequelle angewiesen waren. Die EU und der IWF haben die Einführung einer Mehrwertsteuer vorgeschlagen – eine (indirekte) Abgabe auf Güter und Dienstleistungen – als Ersatz für die Zölle. Indirekte Abgaben neigen jedoch dazu, Einkommensunterschiede zu verstärken: sie haben eine regressive und keine progressive Wirkung, insbesondere dann, wenn lebensnotwendige Güter nicht von ihnen ausgenommen werden, da ärmere Familien einen höheren Anteil ihres Haushaltseinkommens für den Konsum ausgeben müssen und weniger sparen können. Eine wirkungsvollere und langfristige Lösung sowohl im Hinblick auf die Modernisierung der Finanzverwaltung als auch im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit wäre die Schaffung eines effizienten und fairen Systems progressiver direkter Besteuerung, bei dem die Steuersätze im Verhältnis zum Einkommen steigen. Doch auf dem Gebiet der direkten Besteuerung sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten wohl sehr schlechte Vorbilder, sowohl was die Grundsätze, als auch was die Umsetzung betrifft. Erstens sind die progressiven Eigenschaften der Steuersysteme in den EU-Mitgliedsstaaten sowohl durch den neoliberalen Konsens über die Notwendigkeit der Senkung von Grenzsteuersätzen bei der Einkommens- und der Unternehmenssteuer, als auch durch den immer gefährlicher werdenden Wettbewerb zwischen den EU-Staaten um Auslandsinvestitionen ausgehöhlt worden, für die die Länder durch Steuersenkungen Anreize bieten wollen. Dieser Steuerwettbewerb nahm infolge der EU-Erweiterung zu, da die Kommission es absichtlich versäumt hatte, Mindestnormen bei der Einkommens- und der Unternehmenssteuer aufzustellen, oder die Regeln für die Bestimmung der Besteuerungsgrundlage in den Ländern und länderübergreifend festzulegen. Die Akzeptanz von „Flat-Tax-Regimen“ in sieben von zehn Ländern in Mittel- und Westeuropa und die Akzeptanz deutlich niedrigerer Steuerquoten in den Transformationsstaaten, hat die Fähigkeit dieser Länder geschwächt, den wirtschaftlichen Fortschritt entsprechend den jeweiligen nationalen Prioritäten zu fördern, und vor allem die Möglichkeit, wirkungsvolle Antikrisenprogramme in den Ländern zu finanzieren. Alle EU-Länder, aber insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten, sind in der Folge immer

<sup>39</sup> Europäische Kommission, *Steuerwesen und Entwicklung: Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich*, KOM (2010) 163 endg., 2010.

abhängiger von regressiven indirekten Abgaben zur Finanzierung ihrer Ausgaben geworden. Dies wiederum verringert die Möglichkeiten, den zunehmenden Einkommensunterschieden durch staatliche Umverteilungen entgegenzuwirken. Mit dem Ergebnis, dass die Umverteilung des real verfügbaren Nettoeinkommens in den meisten EU-Staaten zunehmend ungerechter ausfällt.

Bei der bestehenden EU Steuerpraxis handelt es sich somit um ein Modell, dessen Nachahmung den am wenigsten entwickelten Ländern nicht empfohlen werden kann. Vor allem das Scheitern, einen gemeinsamen und gerechten Ansatz für die Besteuerung der Unternehmen zu finden, hat es internationalen Konzernen ermöglicht, die Steuersysteme der einzelnen Länder auf unzulässige Weise auszunutzen und dadurch die Einkommensströme, insbesondere die der Entwicklungsländer, zu untergraben. Die fehlende Transparenz bei den Rechnungslegungspraktiken der multinationalen Unternehmen und insbesondere der weitverbreitete Missbrauch von Transferpreisen haben den LDCs mit schwachen Steuerbehörden und niedriger allgemeiner Steuerdisziplin wichtige Einnahmen entzogen. Die Nutzung von Rechtssystemen mit ausgeprägtem Bankgeheimnis („Steuroasen“) durch multinationale Unternehmen und einige LDC-Eliten, um sich den Steuerverpflichtungen zu entziehen, ist als fundamentale Bedrohung des Entwicklungspotentials ärmerer Staaten identifiziert worden. Einem aktualisierten Bericht der Global Financial Integrity (GFI) über „Illicit financial flows from developing countries“ (*Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern*) zufolge wird geschätzt, dass die Kapitalabflüsse auf 1,26 Billionen bis 1,44 Billionen US-Dollar im Jahr 2008 angestiegen sind, und dass die Entwicklungsländer während der vergangenen neun Jahre von 2000-2008 im Durchschnitt zwischen 725 Mrd. und 810 Mrd. US-Dollar pro Jahr verloren haben.<sup>40</sup> Christian Aid hat in seinem Bericht „Death and Taxes 2008“ geschätzt, dass die jährlichen Verluste der Staatskassen der Entwicklungsländer durch die Manipulation von Transferpreisen 160 Mrd. US-Dollar<sup>41</sup> betragen und somit deutlich oberhalb der 122 Mrd. US-Dollar liegen, die die LDCs im Jahr 2008 als Entwicklungshilfen erhalten haben.<sup>42</sup> Die anhaltende Toleranz der EU gegenüber Steuerumgehung und die Tatsache, dass 60 bis 70 % des weltweiten Handels und der globalen Investitionen durch Steuroasen gelenkt werden, bleiben die größten Hindernisse für ein gesundes Steuerwesen in den LDCs. Die Bemühungen des *Tax Justice Network* und anderer Organisationen, nach Ländern geordnete Berichte über Unternehmensumsätze und -gewinne einzuführen, als Voraussetzung für ein wirksames und gerechtes Steuersystem in den LDCs und der restlichen Welt, müssen dringend unterstützt werden.

### 3.5 Nachhaltige Entwicklung und die Gemeinsame Agrarpolitik

Anstelle der neomerkantilistischen Besessenheit von „Wettbewerbsfähigkeit“, die die gegenwärtige EU-Politik dominiert, besteht der Bedarf nach Regulierungen, die die Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und politischer Ziele im spontanen, unregulierten Marktgeschehen sicherstellen. In Anbetracht der politischen und institutionellen Situation in der EU, stellt dies keine unmittelbar konkrete Möglichkeit dar. Es ist jedoch wichtig, dass die beschlossene Politik nicht einseitig und isoliert, sondern Teil eines Gesamtkonzepts ist. Ebenfalls wichtig ist, dass die kurzfristige Antwort auf die Krise die langfristige Herausforderung, nachhaltige Lösungen zu erreichen, nicht untergräbt.

Im Falle Europa bedeutet so eine Perspektive keine nach innen gerichtete Haltung. Vielmehr würde sie zu einer positiven Loslösung vom Selbstlauf der Globalisierung führen und Europa

---

<sup>40</sup> Dev Kar & Karly Curcio, *Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2000-2009*, Washington, 2011, S. vii, abrufbar unter: [http://www.gfip.org/storage/gfip/documents/reports/IFF2010/gfi\\_iff\\_update\\_report-web.pdf](http://www.gfip.org/storage/gfip/documents/reports/IFF2010/gfi_iff_update_report-web.pdf)

<sup>41</sup> Christian Aid, *Death and Taxes. The True Toll of Tax-Dodging*, London, 2008, S. 49.

<sup>42</sup> Jens Martens & Wolfgang Obenland, *UmSteuern. Folgen von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung für die Länder des Südens – und was dagegen zu tun ist*, Misereor, Global Policy Forum Europe, Terre des Hommes, Aachen/Bonn/Osnabrück, 2011, S. 31.

(und besonders die EU) zu einem Partner unter vielen machen, die aktuell mit globalisierten Kreisläufen auf mehr oder weniger abhängige Weise verbunden sind. Die EU könnte durch so einen Prozess zu einer konstruktiven Aufgabe finden und an der Schaffung einer wirtschaftlich vielfältigen Welt mitwirken, in der Europa nicht mehr historische Vorteile ausbeutet, sondern anderen Ländern hilft, die alleinige demokratische Herrschaft über die eigene Wirtschaftsentwicklung zu erlangen.

Als aktiver Mitgestalter auf der multilateralen Suche nach Modellen für eine nachhaltige, dezentralisierte Entwicklung, könnte Europa sein eurozentrisches Erbe überwinden und eine bedeutende Rolle in einer multipolaren Welt spielen. Sollten die EU und vor allem die Mitglieder der Eurozone einen geeigneten Weg finden, die mehrdimensionale Nachhaltigkeitskrise anzugehen, könnten sie den Ländern und Regionen des globalen Südens eine große Stütze sein.

Die EU könnte weltweit einen wichtigen Beitrag zu fortschrittlichen Strategien und nachhaltiger Entwicklung leisten, wenn sie in der Lage wäre, die Initiativen ihrer Mitgliedsstaaten vor dem Gipfeltreffen Rio II im Frühjahr 2012 zu koordinieren. In Anbetracht der momentan gesetzten Prioritäten und der institutionellen Strukturen ist dies jedoch sehr unwahrscheinlich. Die EU könnte glaubwürdige Forderungen für Rio II entwickeln, Vorschläge hinsichtlich transnationaler Programme für „grüne Arbeitsplätze“ vorlegen und ökologische und soziale Belange beispielsweise mit dem zentralen Thema Energieeinsparung verbinden. Sie könnte außerdem sowohl ihre Effektivität nach Innen als auch ihre Glaubwürdigkeit nach Außen stärken, indem sie die europäische Strukturpolitik neu gestaltet – nicht nur im Bereich der Landwirtschaft – so dass diese dazu beiträgt, den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern.

Die Gemeinsame Agrarpolitik könnte als entscheidendes Feld für eine solche Umgestaltung der EU dienen, indem dort ein nachhaltiger Kompromiss erreicht wird zwischen den politischen Erfordernissen, EuropäerInnen mit hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln zu versorgen, aktive Landwirte zu unterstützen, die das empfindliche ökologische Gleichgewicht in den verschiedenen Gebieten Europas aufrechterhalten, und um landwirtschaftliche Produkte aus den Ländern des globalen Südens zu angemessenen Preisen zu erwerben, die es den Ländern ermöglichen, nachhaltige Produktionsweisen zu entwickeln.

Die Gemeinsame Agrarpolitik könnte in ein europäisches Instrument umgestaltet werden, um die Nahrungssouveränität der Mitgliedsstaaten zu sichern, während gleichzeitig angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte im Handel mit dem Rest der Welt gefördert werden. Derart umgestaltet, könnte sie auch als Modell im Bereich der Rohstoffe und der nachhaltigen, erneuerbaren Energiequellen dienen. Die Gemeinsame Agrarpolitik könnte gleichzeitig neue Bewertungsmodelle und Ausgleichszahlungen für die Umwelt und Klimadienste der landwirtschaftlichen Produktion entwickeln, sie könnte entscheidend zur Erhaltung und Entwicklung traditionell bewirtschafteter Landschaften und zum Naturschutz beitragen, die beiden wichtigsten Eckpunkte kultureller und landschaftlicher Vielfalt. Durch die Festlegung eines verbindlichen Rahmens für landwirtschaftliche Produktionsbetriebe würde die Agrarpolitik die Eckpunkte für eine langfristige ländliche Entwicklung setzen. Um die Möglichkeiten der EU, dieses zu erreichen zu verbessern, sollte die Gemeinsame Agrarpolitik als kohärenter Pfeiler ausgestaltet werden. Alle notwendigen Ausgaben sollten in einem Budget und die Entscheidungskompetenz in einer Institution zusammengefasst werden.



---

Kontakt:

Włodzimierz Dymarski, Posen (włodzimierz.dymarski@ue.poznan.pl) Miren Etxezarreta, Barcelona (miren.etxezarreta@uab.es); Trevor Evans, Berlin (evans@hwr-berlin.de); Marica Frangakis, Athen (frangaki@otenet.gr); John Grahl, London (j.grahl@mdx.ac.uk); Jacques Mazier, Paris (mazier@univ-paris13.fr); Mahmood Messkoub, Den Haag (messkoub@iss.nl); Werner Raza, Wien (w.raza@oefse.at); Catherine Sifakis, Grenoble (catherine.sifakis@upmf-grenoble.fr); Diana Wehlau, Bremen (euromemo@uni-bremen.de); Frieder Otto Wolf, Berlin (fow@snafu.de).

## Unterstützungserklärung

Ich unterstütze die Ausrichtung, die zentralen Argumente und Alternativvorschläge im

### **EuroMemorandum 2012**

## ***Europäische Integration am Scheideweg: Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit?***

\_\_\_\_\_ Ja

\_\_\_\_\_ Nein

Vorname, Nachname:

Institution:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

Unterschrift:

Ich möchte gerne über die Aktivitäten der EuroMemo Gruppe informiert und zu den Workshops eingeladen werden. Hierzu melde ich mich mit meiner E-Mail-Adresse für die Mailing-Liste der EuroMemo Gruppe an.

\_\_\_\_\_ Ja

\_\_\_\_\_ Nein

Ich möchte die EuroMemo Gruppe mit einer Spende finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir weitere Informationen über die Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung der EuroMemo Gruppe.

\_\_\_\_\_ Ja

\_\_\_\_\_ Nein

Bitte senden Sie diese Erklärung zurück an die **EuroMemo Gruppe**

**Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa**

- per E-Mail an [euromemo@uni-bremen.de](mailto:euromemo@uni-bremen.de)
- oder per Fax an: ++49-(0)69-4305-1764.